

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön.
Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe Anlage 3 auf: Kap. 10 060 Tit. 099 (neu) - Ökologischer Sonderfonds Immissionsschutz! Ich bitte diejenigen, die zustimmen möchten, das Handzeichen zu geben. -

(Zuruf: Wird immer weniger!)

Die Gegenprobe! - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Nun rufe ich Anlage 4 auf: Kap. 10 220 Tit. 422 10 und Tit. 425 10. Stichwort: Qualifizierte Kräfte für die Gewerbeaufsichtsämter. Wer möchte zustimmen? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4710**. Wer dieser seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Beschlußempfehlung **entsprochen** worden.

Ich rufe auf Nummer 3:

(B)

Einzelplan 05: Kultusministerium

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4705 und folgende Änderungsanträge hin:

1. Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4774
2. Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4775 mit 3 Anlagen

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4801
3. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/4799.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider kann ich nicht so humorvoll beginnen, wie Herr Matthiesen geendet hat.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Das war noch nie so!)

- Das stimmt nicht, Herr Brunemeier!

Es fällt mir mit jedem Mal schwerer, ertragen zu müssen, wie die Landesregierung und der Ministerpräsident Schulpolitik - das Anliegen - mit salbungsvollen Worten beschreiben, diesen Worten aber keine Taten folgen lassen. Ich will ein Beispiel nennen; ich zitiere:

Wer über Bildungspolitik spricht, weiß: Kaum ein Thema ist so nah bei den unmittelbaren Erfahrungen, Wünschen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wie dieses. Wir sollten diese Diskussion so führen, daß das Gute, um das es geht, die Bildung und die Erziehung unserer Kinder, in der politischen Auseinandersetzung nicht wundgescheuert wird. Die politische Diskussion darf das pädagogische Engagement der Lehrerinnen und Lehrer nicht verletzen und niemanden entmutigen.

(D)

Wie wahr! kann man da nur sagen. Wenn der Ministerpräsident nur umgesetzt hätte, was er in seiner Regierungserklärung im November des vergangenen Jahres von dieser Stelle aus gesagt hat! Er wird diesem Anspruch auch in diesem Jahr und auch in diesem Haushalt nicht einmal im Ansatz gerecht. Mittlerweile muß man nicht nur den Eindruck haben, man bekommt es jeden Tag bestätigt: Er interessiert sich für die wirklichen Probleme überhaupt nicht. Er äußert Verständnis, handelt aber so, daß er nur auf Unverständnis stößt, oder er tut gar nichts.

Wir alle wissen, daß sich im vergangenen Schuljahr und in diesem Schuljahr vor den großen Ferien Eltern von ihm verschaukelt, mit ihren Problemen allein gelassen fühlten. Wir wissen, daß sich Lehrer ausgenutzt und demotiviert fühlen. Wir haben darüber hier häufig diskutiert und das auch nachgewiesen.

Wir müssen feststellen: Wir stehen heute - nicht zum

(A) (Philipp [CDU])

erstmals - vor einem Chaos. Die zweifellos vorhandene Ruhe bei den Betroffenen ist kein Zeichen von Zufriedenheit, wie die Landesregierung das hier oder da den Betroffenen weismachen will, sondern ein Zeichen der Resignation.

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Sehr richtig!)

Wie kann das besser ausgedrückt werden als durch eine Mutter, die an einem Abend sagte: Wir haben 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt, wir sind zu Zigtausenden auf die Straße gegangen, wir haben mit dem Ministerpräsidenten - nachdem er sich zunächst entziehen wollte - und auch mit dem Kultusminister gesprochen, aber alles hat nichts genutzt. Was können wir eigentlich noch tun?

Ich bedauere, diese Frage dem Ministerpräsidenten nicht selbst weitergeben zu können, habe aber Verständnis für seine Abwesenheit. Was sagt er denn den Eltern, den Kindern und den Lehrern? 1,2 Millionen Unterschriften haben überhaupt nichts bewegt! Das zeigt nur, daß er die Sorgen, die darin zum Ausdruck gebracht wurden, überhaupt nicht ernst nimmt. Ich bin sicher, dieses Desinteresse wird sich rächen - wie sich heute rächt, was in den 25 Jahren Regierungsverantwortung aus unseren Schulen und zum Teil auch aus unseren Schülern gemacht wurde.

(B)

Natürlich ist richtig, daß wir heute doppelt so viele Lehrer haben wie 1966. Es ist auch richtig, daß es 1966 etwas mehr Schüler gab als heute. Das ist eine quantitative Verbesserung, das stimmt. Aber ich frage die Damen und Herren von der SPD und den Ministerpräsidenten, ob sie mit den Ergebnissen ihrer Schul- und Bildungspolitik wirklich zufrieden sind. Wie beantworten Sie sich denn selbst die Frage, ob Sie es gut gemacht haben? Ich kann überhaupt nicht glauben, daß Sie mit den Ergebnissen, die sich heute - leider - zeigen, zufrieden sind.

Noch im November des vergangenen Jahres hat sich der Ministerpräsident von dieser Stelle aus des Ergebnisses - ich zitiere - "eines in der deutschen Geschichte einmaligen Ausbaus des Bildungssystems" gerühmt. Wären er und Sie von der SPD ehrlich mit sich selbst, würden Sie heute zugeben, daß Sie vor einem Scherbenhaufen stehen. Kienbaum drückt das allerdings vornehmer aus.

(C)

Da kann doch niemand ahnungslos fragen, was mit den Schülern los ist. Sie müssen sich auch fragen, was mit den Schulen los ist, was da in den vergangenen Jahren passiert ist. Wer heute darüber überrascht ist, was sich in den Schulen unseres Landes tut, wer überrascht ist von Klagen der Universitäten über mangelnde Kenntnisse von Abiturienten im Lesen, Schreiben und Rechnen, wer weiß, daß Handel, Handwerk und Gewerbe mittlerweile Kurse einrichten, damit diese Kulturtechniken gelernt werden können, und daß das auch an den Universitäten passiert, der kann doch nicht sagen, daß an unseren Schulen alles in Ordnung ist! Der kann das auch nicht sagen, wenn er weiß, daß Gewalt, Drogen, Egoismus usw. in ungeheurem Maße zugenommen haben.

Ich gehöre wirklich nicht zu denen, die sagen, das seien Dinge, die nur in der Schule passieren oder in der Schule repariert werden müssen. Aber Schule hat ein gerüttelt Maß Anteil daran. Ich denke schon, daß sich die SPD sagen lassen muß, daß sie an dieser Entwicklung erheblichen Anteil hat.

Sie haben Schule verändert - Sie haben ja immer gesagt, daß Sie das wollten. Sie haben auch gesagt, Sie wollten mit Schule Gesellschaft verändern. Aber aus der Verantwortung dafür, was daraus geworden ist, können wir Sie nicht entlassen. Sie haben die Warnungen namhafter Pädagogen und Bildungstheoretiker immer wieder in den Wind geschlagen. Sie sind nicht einmal heute bereit, Konsequenzen zu ziehen, um der sich abzeichnenden Entwicklung wenigstens jetzt entgegenzusteuern. Sie weigern sich, Konsequenzen zu ziehen, wie sie Kienbaum - Kienbaum haben Sie selbst bestellt - fordert.

(D)

Ich will das einmal an drei Beispielen aufzeigen. Ich behaupte: linke Lehrer produzieren rechte Schüler. Wer wie ich Ende der 60er Jahre studiert hat, unter anderem in Frankfurt, der weiß und konnte es selbst erleben, wie der Umbau der Gesellschaft auch von Ihnen, von der SPD, geplant wurde und welchen Umschwung diese Zeit auch für die Pädagogik bedeutete. Kritikfähigkeit, Konfliktbereitschaft und antiautoritäre Erziehung - das waren die Schlagworte.

Schon vor Jahren hat Christa Meves gewarnt - ich zitiere -:

(A) (Philipp [CDU])

So notwendig kritisches Bewußtsein ist, so wenig kann es alleiniges Klassenziel sein. Kritikfähigkeit ist eine Sache von Einsicht, Beobachtung, Erfahrung, vor allem aber des Wissens.

Das ist von vielen von Ihnen nicht nur nicht beachtet, sondern bewußt unterlaufen worden - zum Teil wird es das auch heute noch.

Absehbar war, daß auf diese Art und Weise Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit genommen wurde, sich an Vorbildern zu orientieren. Richtungslosigkeit aber können Menschen, erst recht Kinder, überhaupt nicht ertragen. Sie werden unzufrieden und gehen auf die Suche nach Vorbildern. Sie sind dann auch bereit, selbst schlechte Vorbilder eher zu akzeptieren als überhaupt keine. Das heißt, fast gezwungenermaßen nehmen Kinder und Jugendliche schließlich auch Vorbilder an, die sehr viel mehr Herrschaftsansprüche stellen als Väter oder Mütter, also die damals ins Kreuzfeuer der Kritik gestellten Autoritäten.

Wer sich mit Jugendsekten befaßt, der weiß, daß in diesen meist ausgesprochen strenge, autoritäre Strukturen herrschen. Da werden Angebote gemacht, die - man höre und staune - sogar dankbar von einem Teil der Jugendlichen angenommen werden. Allein aus diesem Wissen müssen und müßten Konsequenzen gezogen werden und nicht irgendwann, sondern heute, hier und jetzt. Das beginnt mit dem, was im Haushalt steht, im Haushalt des Kultusministers.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wer heute den Verlust von positiven Werten und Orientierungslosigkeit beklagt, der darf das nur tun, wenn er es in den vergangenen Jahren nicht erduldet, geduldet und auch nicht die Verantwortung dafür getragen hat. Meine Damen und Herren, Sie von der SPD, tragen aber seit 25 Jahren

(Zuruf von der F.D.P.: 27 Jahren!)

die Verantwortung in diesem Lande und dürfen nicht darüber erstaunt sein, wenn heute die Saat aufgeht, die zum Teil auch von Ihnen gesät worden ist. Das Erstaunen darüber können wir Ihnen nicht abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Ich denke, man kann ein marodes Unternehmen, wie das, das hier zur Debatte steht, nur retten, wenn man zuvor eine schonungslose Bilanz erstellt. Niemand erwartet, daß Sie hier Ihre Fehler zugeben. Wir sind ja gar nicht so anspruchsvoll. Aber daß Sie Konsequenzen daraus ziehen und daß Sie versuchen, alles zu tun, um das Ruder herumzureißen, um die Entwicklung aufzuhalten - das, meine ich, wäre ein berechtigter Anspruch, den man hier stellen dürfte.

Uns von der CDU-Fraktion fehlt jedoch jeder Hinweis darauf, daß Sie heute bereit sind, aus den Fehlern zu lernen, daß Sie heute bereit sind, das Ruder herumzureißen.

Wenn Ihr Ministerpräsident von einem modernen und leistungsfähigen Schulsystem erzählt, um das wir in der Welt beneidet werden, ist es vielleicht nicht schlimm, wenn die Firma Kienbaum das nicht bemerkt hat, die allerdings für eine Grundsanierung war und bewies, daß wir in Nordrhein-Westfalen schließlich im Vergleich mit allen anderen Bundesländern sind.

Wir sind der Ansicht, daß alle erwarten dürfen, daß Sie von der SPD auch wirklich alles tun, um diese Entwicklung zu stoppen und in eine andere Richtung zu bringen. Verweigern Sie doch nicht weiterhin die Schulstrukturdebatte. Sie kurieren weiter an Symptomen herum und lassen die Karre weiter in den Dreck fahren.

(D)

Daß Sie etwas ändern wollen, ist an keiner Stelle erkennbar. Im Haushalt müßte es an erster Stelle erkennbar sein. Wir bedauern das nicht nur, sondern empfinden das Festhalten an alten, überholten Ideologien als unverantwortlich unseren Kindern gegenüber.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte von Ihnen, von der SPD, wissen, wie Sie in immer größer werdenden Klassen, in denen Kinder immer weniger Zuwendung erfahren, pädagogisch vertretbar arbeiten wollen. Haben Sie die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt? Wissen Sie nicht, daß Kinder heute mehr Zuwendung brauchen als je zuvor?

(A) (Philipp [CDU])

Das kann in großen Klassen, in großen Systemen nicht geschehen.

Was muß denn eigentlich noch passieren, damit Sie sich endlich bewegen? Wann geben Sie zu, daß Psychologen recht haben, wenn sie sagen: Riesensysteme bekommen unseren Kindern nicht. Kinder brauchen kleine Einheiten. Sie brauchen Schutzräume, oder sie brauchen das Gefühl, in einem solchen zu sein.

Sie brauchen personale Bindungen. Das ist in anonymen Großanstalten nicht zu machen. Sie brauchen es jedoch heute mehr als je zuvor. Das bedingt kleinere Klassen. Aber Sie vergrößern sie, Sie setzen weiter auf die unbezahlbare Gesamtschule. Das sind Ihre Reaktionen auf das, was eigentlich die pädagogischen Spatzen längst von den Dächern pfeifen.

Meine Damen und Herren von der SPD! Auch Sie können doch diese Entwicklung nicht leugnen. Bilanzieren Sie doch endlich! Seien Sie ehrlich! Ich meine auch, man müßte Ihren Willen erkennen, etwas dagegen zu tun.

(B) Können Sie mir sagen oder den Eltern oder den Kindern oder den Lehrern, wie Sie mit 15 Lehrern mehr - ich wiederhole: mit 15 Lehrern - im nächsten Schuljahr 42 000 Kinder mehr versorgen wollen? 15 Lehrer auf der einen Seite mehr, 42 000 Kinder auf der anderen Seite! Mir ist das völlig unbegreiflich.

(Minister Schleußer: Die müssen mehr arbeiten.)

- Ja, die Lehrer müssen mehr arbeiten, Herr Finanzminister. Das finde ich ja ganz toll. Aber die Arbeitsbedingungen der Lehrer haben Sie in der letzten Zeit schon ständig verschlechtert und die Arbeitszeit ständig verlängert. Ich bin gerne bereit, darüber zu diskutieren, wenn Sie doch unserem Antrag einmal folgen würden, eine Arbeitszeituntersuchung fortschreiben zu lassen.

Dann lassen Sie uns doch einmal, wie es Knight/Wegenstein im Auftrag der Kultusministerkonferenz in Nordrhein-Westfalen Ende der 70er Jahre gemacht hat, diese einmal fortschreiben. Dann hören wahrscheinlich viele Stammtischgespräche auf, die da heißen: Bringt doch die Lehrer endlich an die Arbeit

- wie Sie es gerade auch hier geäußert haben.

Ich denke, daß Sie den Schwarzen Peter den Lehrern zuschieben. Wie gesagt, deren Arbeitsbedingungen haben Sie in den letzten Jahren - und werden es auch weiterhin tun - ausgesprochen verschlechtert.

Wie es sich auswirkt, wenn Sie Lehrern die Motivation nehmen, das brauche ich, glaube ich, nicht zu beschreiben. Ich denke, daß Sie oder wir alle dankbar sein müssen, daß trotz dieser ständigen Versuche, demotivierend zu wirken, die Lehrer noch das leisten, was sie heute in den Schulen leisten; sonst würde es nämlich noch wesentlich schlimmer aussehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in den letzten Jahren immer wieder einen Einstellungskorridor gefordert, weil wir die Zahlen kennen. Kienbaum hat doch nicht selbst Zahlen ausgerechnet, sondern das Kultusministerium hat sie Kienbaum zur Verfügung gestellt. Wir wissen, daß bis zum Jahre 2005 460 000 Kinder mehr in den Schulen sein werden. Wir wissen, daß wir jedes Jahr steigende Pensionierungszahlen haben, daß 25 000 Lehrer - oder jetzt um das reduziert, was wir im vergangenen Jahr haben über uns ergehen lassen müssen - - Aber Sie werden in den nächsten Jahren 40 000, 50 000, 60 000 Lehrer einstellen müssen. Dafür müssen Sie eine Planung machen. Da können Sie nicht immer nur bis zur nächsten Wahl gucken, damit die Leute dann - nach der Wahl - die Konsequenzen ertragen müssen, die von Ihnen verursacht werden.

Jedenfalls waren die Kienbaum-Zahlen für uns keine Überraschung; wir haben sie seit Mitte der 80er Jahre stets als Begründung für unsere Anträge hier auf den Tisch gelegt.

Meine Damen und Herren, unsere Kürzungsvorschläge, die Ihnen vorliegen, sind uns nicht leichtgefallen. Aber wir denken, daß nach wie vor das Wichtigste, was wir tun müssen, ist, in das Zukunftspotential, das heißt in unsere Kinder, zu investieren. Wir müssen eine Umgebung schaffen, in der sie sich behutsam entwickeln können. Noch gestern hat der neue Minister Müntefering von dieser Stelle aus gesagt: Kinder und Jugendliche sind unsere Chance und unsere Zukunft. - Das habe ich mit großen Ohren gehört, aber

(C)

(D)

(A) (Philipp [CDU])

ich denke, er steht damit in der SPD allein; sonst müßte der Haushalt des Kultusministers anders aussehen, als er aussieht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es richtig wäre, die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie den Betroffenen wehtut.

(Zuruf von der SPD: Das ist immer richtig!)

- Dann tun Sie es auch.

Ich greife einen Bereich aus dem kultusministeriellen Haushalt heraus, nämlich den der Sonderschulen. Ein Verband hat gesagt: Die SPD-Mehrheitsfraktion benachteiligt durch Planstellentricks erneut behinderte Kinder und Jugendliche in den Sonderschulen. - Obwohl die Bedingungen, unter denen integrativ beschulte Kinder lernten, schon im letzten Jahr durch die SPD verschlechtert wurden, obwohl man also nicht einmal den Status quo hat halten können - -

Dahinten sehe ich jemanden mit dem Kopf schütteln. Wissen Sie das nicht, was ich hier sage? Dann scheint es ja richtig zu sein, daß ich es anspreche. Vielleicht können Sie ja Ihre Meinung und Ihre Beschlußlage noch ändern.

(B)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Sie wissen genau, daß Sie jetzt die Unwahrheit sagen!)

Obwohl also feststeht, daß Ende des kommenden Jahres der Schulversuch beendet wird und die bestehenden Sonderschulen dringend besserer Lernbedingungen bedürfen, erwecken Sie den Eindruck, als ob Sie für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern 85 Stellen zusätzlich bereitstellen. Warum sagen Sie denn nicht, daß Sie die selbstgeschaffenen Hoffnungen nicht erfüllen können? Sie nehmen diese 85 Stellen doch den anderen Sonderschulen und Grundschulen weg und verschlechtern damit erneut die Bedingungen, unter denen die Kinder in diesen Schulen lernen sollen.

(C)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das ist doch gar nicht wahr! Sie wissen es doch besser!)

- Dann haben Sie es im Ausschuß falsch erklärt; aber das können Sie ja gleich hier richtigstellen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben in den Haushaltsplanberatungen alle unsere Anträge abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

- Ach, Herr Dr. Dammeyer, 15 haben Sie. Warum lehnen Sie denn dann alle unsere Anträge - über 20 Anträge - ab?

Es ging um 1 000 Stellen, die wir neu einrichten wollten, weil wir 15 vor dem Hintergrund von 42 000 Kindern mehr für untragbar halten, und um 1 066 Stellen, die wir durch Umschichtung erwirtschaften wollten. Das sind mehr als 2 000 Stellen, die unmittelbar dem Unterricht hätten zugute kommen können und für die wir, wie es unsere Art ist, seriöse Deckungsvorschläge gemacht haben - übrigens anders als DIE GRÜNEN, wenn ich das, Frau Schumann, sagen darf.

(D)

(Zuruf der Abgeordneten Schumann [GRÜ-NE])

Der Haushalt des Kultusministers straft Ministerpräsident Rau auch in diesem Jahr Lügen, der noch im vergangenen Jahr zusagte, daß keine Maßnahmen auf dem Rücken von Kindern und Lehrern ausgetragen würden. Da dieses Versprechen des Ministerpräsidenten auch in diesem Jahr nicht gehalten wurde - im Gegenteil! -, stimmen wir dem Etatentwurf der Regierung nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD das Wort.

(Abgeordneter Kuhmichel [CDU]: Der schließt sich jetzt der Vorrednerin an!)

(A)

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über fünf Punkte möchte ich ein paar Bemerkungen machen.

Erstens: Abweichend von der ursprünglichen Haushaltsvorlage der Landesregierung wird in diesem Jahr die Schere zwischen den Zuschüssen für neben- und hauptberufliche Mitarbeiter bei Kursen zur Erlangung der Schulabschlüsse im zweiten Bildungsweg an den Einrichtungen der Weiterbildung weiter geschlossen. Statt bislang 5 DM werden künftig 7,50 DM zur Sicherung des Angebots in der Fläche gezahlt. Wir tragen damit erheblich dazu bei, daß tatsächlich allenthalben im Lande auch an den Volkshochschulen nachträglich schulische Abschlüsse erworben werden können.

Meine zweite Bemerkung zielt auf den gemeinsamen Unterricht für Behinderte und Nichtbehinderte. Sie wissen, daß wir einen entsprechenden Antrag vorgelegt haben. Ich finde die Krokodilstränen der Frau Philipp deshalb so bemerkenswert, weil wir von der CDU bisher eigentlich immer nur gehört haben, daß sie eine gemeinsame Beschulung von Behinderten und Nichtbehinderten nicht verfolge.

(B)

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Nicht unter diesen Bedingungen!)

Jetzt sagen Sie uns, das müsse man noch viel besser machen, als wir das täten.

In Nordrhein-Westfalen läuft gegenwärtig ein Versuch, an dem 80 von etwa 3 500 Grundschulen im Lande Nordrhein-Westfalen beteiligt sind. Wir haben im Gegensatz zu dem, was Sie eben gesagt haben, nämlich daß das im vorigen Jahr schlechter geworden sei, gerade erst in einem Nachtragshaushalt auf der Grundlage der Kienbaum-Überlegungen für diese 80 Schulen, die an dem Versuch beteiligt sind, Stellen bereitgestellt. Das ist Ihnen, Frau Philipp, wohl entgangen. Sie verwenden Ihre Ohren im Ausschuß offensichtlich öfter zum Sitzen, als daß Sie sich an der Beantwortung der Frage beteiligen, wie die Arbeit weitergeht.

Diese Stellen haben wir zusätzlich bereitgestellt - es

(C)

sind 115 -, so daß auch über die Grundschulen hinaus in einigen Schulen der Sekundarstufe I mit zusätzlich bereitgestellten Lehrerstellen die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Schülern stattfinden kann.

In diesem Jahr werden es, mit Verlaub, 85 Stellen mehr. Das ist wenig, das ist wahr. Aber immerhin ist es eine Ausweitung, eine Verdopplung des Umfangs, in dem die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern stattfinden kann.

Daraus kann man überhaupt nicht ableiten, es finde eine Benachteiligung der Sonderschulen statt; denn sie werden dadurch überhaupt nicht betroffen. Diese Stellen werden zusätzlich bereitgestellt, wie Sie auch aus den Haushaltsplanberatungen wissen, weil sie nämlich aus den Qualifikationsmaßnahmen für alle Schulformen erwirtschaftet werden. Die Qualifikationsmaßnahmen sind nämlich gegenwärtig rückläufig.

Der Antrag, den wir dazu in den Landtag eingebracht haben, steht demnächst erneut zur Beratung und zum Beschluß an. Ich denke schon, daß wir in dem Umfang, in dem wir es vertreten können - denn das alles ist nicht auf einen Schlag zu machen und in einem Schritt zu erledigen -, auch die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern voranbringen, wobei wir gleichzeitig auch Wert darauf legen, daß die Kinder entsprechend ihrer Behinderung in der Schule qualifiziert betreut und gefördert werden.

(D)

Das ist im Umfang von 85 Stellen möglich, nicht aber im Umfang von 800 Stellen, wie es die GRÜNEN beantragt haben. Würde übrigens in einem Umfang von 800 Stellen eine solche Umstellung notwendig sein, könnten diese 800 Stellen nicht "zusätzlich" zur Verfügung gestellt werden, sondern dann müßten in dem Umfang, in dem solche behinderten Kinder dann aus der Sonderschule in das andere Schulwesen, das normale Schulwesen übertreten, auch die entsprechenden Lehrerstellen mitgenommen werden.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Dammeyer, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kuhmichel zulassen?

(A)

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Ja, bitte schön.

Darf ich aber eben noch einen Satz sagen, Herr Kollege Kuhmichel? - Pfiffig ist, daß die GRÜNEN zwar 800 Stellen beantragen, aber bei der Bereitstellung von 85 Stellen dann im Ausschuß mit Nein stimmen, Herr Kuhmichel.

Abgeordneter Kuhmichel (CDU): Herr Kollege Dr. Dammeyer, Sie stellen sich hier dem staunenden Publikum als Verfechter der integrativen Beschulung vor. Könnten Sie vielleicht einmal erklären, welche Weichen Sie gestellt haben, damit die jetzigen Versuche auch in der Sekundarstufe I weitergeführt werden können?

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Also, Herr Kuhmichel, das finde ich das Schärfste, hier mit dieser Frage zu kommen. Sie sind schon dagegen, daß überhaupt nur in der Grundschule eine gemeinsame Erziehung stattfindet

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist überhaupt nicht die Frage!)

(B)

und kommen dann mit der Frage, wie denn das in einem Schulwesen, das seinerseits selbstverständlich schon selektiv ist, fortgesetzt werden soll.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Antworten Sie auf die Frage!)

Ich weiß natürlich genau, worauf Sie hinaus wollen.

Sie wollen, daß an zwei besonderen Schulformen diese Last, diese besondere pädagogische Arbeit in besonderer Weise weitergemacht werden soll, weil Sie natürlich auch dafür sind, daß andere Schulformen davon freigestellt werden.

Nein, diese Diskussion ist breiter angelegt. Wir wissen sehr genau, daß es auch in der Sekundarstufe I fortgesetzt werden muß. Das ist in unserem Antrag enthalten. Das ist auch schon in der gegenwärtigen Praxis enthalten. Es gibt ja Schulen in der Sekundarstufe I, die daran beteiligt sind.

(C)

Übrigens, in der Stadt, aus der Sie kommen, Herr Kuhmichel, gibt es auch Schulen in der Sekundarstufe I, die so etwas nicht mitmachen wollen. Ich will daran einmal beschreiben, daß da auch gesellschaftliche Schwierigkeiten bestehen, wo man mit Betroffenen zu reden hat, die an diesem ganzen Prozeß auch beteiligt sind und bei denen ganz selbstverständlich alle Probleme überhaupt noch nicht vom Tisch sind, so daß wir - mit Verlaub - gar nicht so tun können, als ob eben mal mit einer Entscheidung, die wir hier in Düsseldorf treffen, alles erledigt wäre.

(Abgeordnete Wischermann [CDU]: Das ist doch gar nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

Vizepräsident Dr. Klose: Wollen Sie noch eine weitere Zwischenfrage zulassen?

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Nein, freundlichen Dank. Ich will in der Sache weiterkommen.

Meine dritte Bemerkung: Frau Philipp hat hier eine lange Rede gehalten,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Ja?)

(D)

in der sie auch an zwei Stellen auf ihre Haushaltsanträge zu sprechen gekommen ist. Ich will aber erst einmal diese grundsätzlichen Sachen anschnitten, von der sie da geredet hat.

Sie haben behauptet, linke Lehrer schüfen rechte Schüler. Meine Damen und Herren, ich werde mich noch gut daran erinnern können, wie Sie mit diesem Satz hier in dieser Beratung umgehen und wie wir eigentlich auch über einen langen Zeitraum hier diskutiert haben. Ich erinnere daran, daß wir hier Politikrichtlinien etabliert und lange darüber geredet haben, daß der Kultusminister Richtlinien zur Friedenserziehung, zur dritten Welt - mit einer streitigen Auseinandersetzung mit den CDU-Kultusministern - erarbeitet hat, in denen es um Friedensorientierung, Toleranz und Prinzipien des Miteinanders von Menschen geht, um die Frage der Auseinandersetzung mit Gewalt und wie man das alles ernst nehmen soll.

(A) (Dr. Dammeyer [SPD])

Und jetzt sagen Sie: Das alles, was da intentional angelegt worden ist, habe Rechtes produziert. Das ist eine solche infame Verdrehung der realen Verhältnisse, daß mir dafür wirklich jedes weitere Wort eigentlich fehlen müßte.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie demgegenüber sagen, daß die jungen Menschen jetzt Richtungslosigkeit erführen und statt dessen Autorität und Vorbilder verlangten, wollen Sie damit sagen, daß man autoritär erziehen muß, um antiautoritäres Verhalten hervorzurufen?

(Zuruf der CDU: Nein! Das haben Sie immer noch nicht verstanden!)

Nein, meine Damen und Herren, hier ist das klassische Mißverständnis der Konservativen. Zu einer Erziehung zum wahren Menschtum, zu einem verständnisvollen Zusammenleben der Menschen gehört tatsächlich auch, daß man Verständnisbereitschaft, daß man Toleranz, daß man das Miteinander der Menschen auch in den Mittelpunkt stellen müßte. Das haben wir getan, und das werden wir auch weiterhin tun. Davon lassen wir uns auch nicht abbringen.

(B) (Abgeordnete Philipp [CDU]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Wir stellen überdies auch fest, daß das mittlerweile selbst andere Bereiche begreifen. Nur so sind ja wohl die Stellungnahmen der Arbeitgeberverbände von Anfang dieses Jahres zu verstehen, die ihrerseits Kreativität, Teamfähigkeit, Zusammenarbeitsvermögen und eben nicht die an der Aufteilung von Leistungsschule orientierten Pflichtbindungen in den Mittelpunkt stellen, sondern die Teile, über die wir in diesem Zusammenhang schon öfter geredet haben.

(Zustimmung bei der SPD)

So, und jetzt ist das - viertens - ja ganz spannend. Da hat die Frau Philipp eben einmal über die Integrationsfragen eine Bemerkung verloren. Und außerdem sagt sie - das hat sie früher ja auch schon öfter gemacht -: "Unsere Kürzungsvorschläge, die Ihnen ja vorliegen ..."

(C)

Ja, meine Damen und Herren, das ist eine klassische Art, wie Sie arbeiten.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Er hat es immer noch nicht verstanden!)

Da legen Sie in die Ausschußberatung ohne jede weitere öffentliche Diskussion einige Anträge, schriftlich, auch hier hin, wieder auf den Tisch, und verlieren darüber kein Wort.

(Zuruf von der CDU: Sie stellen doch gar keine!)

Jetzt will ich der staunenden Öffentlichkeit einmal sagen, was das für Kürzungsvorschläge sind, die Sie vortragen. Sie wollen die Gesamtschulen abschaffen, Sie wollen die Kollegschulen abschaffen, Sie wollen die Laborschule in Bielefeld abschaffen, und Sie wollen das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest abschaffen.

(Zustimmende Zurufe bei der CDU)

Alle Jahre wieder. Das, was Sie hier machen, weist Sie als Weltmeister des bildungspolitischen Kahlchlags aus.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Der Text Ihres Antrages ist, mit Verlaub, ein Dokument der Zerstörungswut. Es geht Ihnen nicht darum, wie Sie in Ihrer Rede insinuierten, daß Sie unser Bildungswesen voranbringen wollen, sondern es geht Ihnen darum, daß Sie durch das Wegnehmen von Lehrern - darauf zielt Ihr Antrag - diese Schulformen liquidieren wollen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein, Lehrer zu den Kindern! - Abgeordnete Philipp [CDU]: Damit die Kinder mehr Bildung haben!)

Sie wollen die Bildungsreform in unserem Land blockieren und aufgeben.

(Zuruf von der CDU: Zusammenbruch programmiert!)

(A) (Dr. Dammeyer [SPD])

- Da sagen Sie: "Zusammenbruch programmiert." Nein, wenn ich Ihre Absichten angucke, dann kann ich Ihnen nur sagen: Der Zusammenbruch wird von Ihnen beabsichtigt. Das haben Sie vor, das und nichts anderes.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Lehrer zu den Kindern!)

Meine Damen und Herren, das ist ja eine ganz faszinierende Sache.

Herr Schauerte, jetzt sind Sie dran. Sie sagen hier ständig, man müsse überall auch im Personalbereich sparen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Zum Beispiel!)

- Ja, zum Beispiel. Das ist doch Ihr großes Thema. Als Sie hier in der ersten Lesung geredet haben, kamen Sie ganz unmotiviert darauf, daß es wohl zu viele Lehrer in diesem Lande gebe.

(Widerspruch des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(B) - Aber ja, aber ja. Nun drücken Sie sich nicht vor dem, was Sie hier im Plenum sagen.

Ich glaube schon, daß wir hier Diskussionen über Quantitäten zu führen haben, nämlich - fünftens - gerade in der Folge der Kienbaum-Diskussion. Bei allen früheren Gelegenheiten haben wir hier zu hören gekriegt, daß Unterrichtsausfälle passierten. Dieses Thema ist mittlerweile längst weg. Wir haben im Gegenwert von 17 000 Stellen Lehrer aus nichtunterrichtlichen Tätigkeiten in die Unterrichtstätigkeit umorganisiert.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und das ist noch zu wenig!)

- "Das ist noch zu wenig", sagt Herr Schauerte!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, noch mehr!)

Frau Philipp, was habe ich von Ihnen gerade gehört?

(C)

Von Ihnen habe ich gerade gehört: "Es muß noch viel mehr Lehrer geben." So sind Sie: Der Herr Schauerte verlangt eine noch weitere Reduktion der Lehrerstellen, und Frau Philipp erzählt, wir brauchten noch viel mehr Lehrer!

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Dammeyer, wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar zulassen?

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Nein, ich würde gerne zu Ende kommen.

Meine Damen und Herren, Sie haben natürlich auch darüber geredet, ob wir, nachdem wir diese schwierige Prozedur in unseren eigenen Reihen und in der Öffentlichkeit diskutiert haben, denn nicht noch weiter an diesem Problem arbeiten müssen. Das ist ja wahr; der Kultusminister hat das auch öffentlich vorgelegt: Etwa 3 500 Stellen fehlen. Wir haben daraufhin überlegt, daß man so etwas - reduziert um die 950 kw-- Stellen - auf drei Jahre verteilen könnte

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

und ob man deshalb in einem Drei-Jahres-Programm jährlich 800 Stellen zusätzlich bereitstellen könnte.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Wir haben uns entschieden - das weiß die Öffentlichkeit, das sage ich hier aber auch noch einmal -, das nicht zu tun, sondern wir sagen: Im Gegenwert von etwa 3 500 minus 1 000, also etwa 2 500 Stellen, gibt es ein Defizit an Stellen in unserem Lande.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und wir wollen 1 000 neue Lehrer!)

Das ist auch der Teil, von dem Sie da reden, den Sie nun plötzlich mit dem Schülerwachstum in Verbindung bringen.

(D)

(A) (Dr. Dammeyer [SPD])

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wir wollen 1 000 neue Lehrer!)

Nein, meine Damen und Herren, diese Lücke - das ist aus den Materialien genau zu erkennen - gibt es; darüber kann niemand hinwegreden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1 000 neue Lehrer!)

- Ja, sicher, Sie wollen 1 000 Stellen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Neue Lehrer wollen wir haben!)

Neue Lehrer werden sowieso eingestellt, aber Sie wollen die Gesamtschule zerschlagen, die Kollegschule zerschlagen, die Laborschule zerschlagen und das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung abschaffen. Das wollen Sie.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, das ist richtig! Aber 1 000 neue Lehrer wollen wir, zusätzliche, neue Lehrer!)

(B) Meine Damen und Herren, vor einem solchen Hintergrund ist es vertretbar, mit einer geringfügigen Lücke, die keinen solchen Unterrichtsausfall bewirkt, wie wir ihn in den vergangenen Jahren immer haben diskutieren müssen,

(Zuruf des Abgeordneten Lindlar [CDU])

durchaus den Schulunterricht in unserem Lande qualifiziert zu erhalten. Deshalb ist ein solcher Haushalt insgesamt vertretbar vor der Öffentlichkeit, aber auch vor der einschlägig spezifischen Öffentlichkeit der Pädagogen, der Eltern und der Schüler.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Nein! Vor den Pädagogen nicht!)

- Jawohl, Frau Philipp, wenn Sie sich einer solchen Aufgabe einmal stellen würden, würden Sie auch erkennen, daß dafür Einsicht vorhanden ist. Aber ich kann natürlich begreifen, daß Sie das prinzipiell nicht wollen und daß Sie deshalb auch nicht zu solcher Einsicht fähig werden können.

(C)

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Was ist mit den Lehrern für die Sonderschulen?)

Die Bevölkerung wird schon wissen, daß, wenn Sie sich auf all das einließe, was und die Opposition in diesem Lande vorträgt,

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Dann ginge es uns besser!)

der Kahlschlag unseres Bildungswesens in allen Bereichen fällig wäre.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort erhält jetzt Herr Kollege Reichel für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Minister Schwier begrüßt das Engagement Hunderttausender nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler gegen Ausländerhaß und Rassenwahn. Meine Damen und Herren, das begrüßen wir auch. Aber von politisch Verantwortlichen wird ein bißchen mehr verlangt. Von politisch Verantwortlichen wird verlangt, daß sie die Ursachen dessen bekämpfen, daß sie Gewaltbereitschaft schon an der Quelle bekämpfen.

(D)

Da will ich zuallererst einmal - gemeinsam für alle hoffentlich - festhalten: Es ist eine ganz zentrale Aufgabe unserer Schulen, jungen Menschen zu vermitteln, daß man Konflikte nicht mit Gewalt löst.

(Beifall der Abgeordneten Witteler-Koch [F.D.P.])

Wir sind ein Kulturstaat, wir sind ein Rechtsstaat, wir haben lange genug gebraucht, um das zu werden. Wir können jetzt von unseren Kulturinstitutionen auch erwarten, daß sie ihren Beitrag dazu leisten, daß es so bleibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jetzt möchte ich auf das eingehen, was Herr Dammeyer zum Thema Erziehungsziele gesagt hat. Im

(A) (Reichel [F.D.P.]

Deutschen Bundestag ist dazu wirklich Bemerkenswertes vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herrn Klose, beigetragen worden. Herr Dammeyer, das wird Sie interessieren, da Sie ja gerade die Erziehungsziele der Bildungsreform hier noch einmal so hoch gehalten haben.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ich kenne den Text!)

Herrn Klose beschäftigte dort die Frage, ob im Zuge der Bildungsreform - so wörtlich -

nicht allzu konsequent Abschied genommen wurde vom Erziehungsgedanken.

(Zustimmung bei der CDU)

Er fragt dort - weiterhin wörtlich -:

Ist nicht auch die Erziehung zu Anstand und Toleranz, zu Achtung vor den Mitmenschen und wechselseitiger Rücksichtnahme von zentraler Bedeutung, genauso wichtig wie die Selbstfindung und Entwicklung des einzelnen Menschen? Sind nicht

(B)

- und jetzt kommt der entscheidende Satz -

einige der sogenannten Sekundärtugenden wie Höflichkeit und Fairplay doch primäre Werte für das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist nicht immer so und nicht immer in jeder Partei so gesehen worden, insbesondere auch nicht von Ihnen, Herr Dammeyer.

Es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe der Schule, hierauf hinzuwirken. Man muß diesen Äußerungen von Herrn Klose eigentlich gar nichts hinzufügen - außer vielleicht der kritischen Frage: Sind unsere Schulen eigentlich heute in der Verfassung, diese Werte zuverlässig zu vermitteln?

Daran habe ich Zweifel. Es geht mir hier gar nicht darum, den Schulen wieder einmal die Lösung irgendwelcher gesellschaftlicher Probleme aufzubürden. Es

(C)

geht mir darum festzuhalten, daß unsere Schulen eben nicht nur Ort der Wissensvermittlung, sondern auch Ort der Erziehung sind - nicht der einzige, aber in einer Zeit sich auflösender Familienstrukturen ein immer wichtigerer Ort. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, meine Damen und Herren, muß man sowohl intellektuell wie finanziell in das Bildungswesen mehr investieren, als es gegenwärtig hier in Nordrhein-Westfalen praktiziert wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Reichel, ich muß Sie einmal unterbrechen. - Meine Damen und Herren, ich bitte um Verständnis: Die Zuschauer dürfen keine Beifallskundgebungen abgeben, auch wenn es interessant sein mag.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Selbst wenn sie recht hätten! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Laßt sie doch ruhig klatschen!)

Bitte schön, Herr Reichel!

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Was kennzeichnet denn die Bildungspolitik des Landes? Was kennzeichnet sie mehr als alles andere? Am meisten kennzeichnet sie gegenwärtig, daß es sie gar nicht gibt. Es gibt sie nicht. Es gibt eine unsägliche Mangelverwaltung im Bildungsbereich, weil ganz offensichtlich der Finanzminister das Ruder übernommen hat.

(D)

Die Zahl der Schüler steigt in diesem Jahr um 26 000 an, um mehrere hunderttausend in den nächsten Jahren. Die Zahl der Lehrer aber bleibt gleich.

(Zuruf von der SPD: Quatsch! - Abgeordnete Philipp [CDU]: Im Grundschulbereich!)

Ich habe mich jetzt nicht ganz präzise ausgedrückt. In der Tat bekommen wir 15 neue Lehrer dieses Jahr für das Land Nordrhein-Westfalen. Also, im wesentlichen bleibt die Zahl der Lehrer gleich, möchte ich der Fainesse halber formulieren.

Und das soll in den nächsten Jahren so bleiben. Das heißt, die Klassen werden noch größer. Das bedeutet,

(A) (Reichel [F.D.P.])

daß aber in diesen Klassen nicht nur immer mehr Schüler sitzen, sondern wir wissen auch, daß in diesen Klassen immer schwierigere Schüler sitzen, weil es nun einmal die Erziehungsdefizite gibt, auf die ich eingangs hingewiesen habe, und weil es zunehmende Gewaltbereitschaft an den Schulen gibt.

Die Antwort der Landesregierung darauf ist, daß die Betreuung dieser Schüler in Zukunft weniger intensiv erfolgt. Das ist angesichts der Oberziele, die wir eben gemeinsam festgestellt haben, absurd. So, wie die Politik der Landesregierung angelegt ist, werden wir zukünftig nicht mehr und bessere Erziehung, sondern weniger und schlechtere Erziehung an unseren Schulen leisten können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Alles andere bleibt ein Lippenbekenntnis, wenn in der Personalpolitik im Schulbereich nicht grundsätzlich umgesteuert wird.

Meine Damen und Herren, am schlimmsten ist es, daß die Personalpolitik der Landesregierung im Schulbereich die Schulform am meisten benachteiligt, die die schwierigste Schülerschaft hat.

(B) (Abgeordnete Wischermann [CDU]: Genau!)

Wir begrüßen natürlich die Relationsverbesserungen an den Hauptschulen. Aber das bleibt eine Luftnummer, wenn wir in diesem Jahr angesichts der kw-Vermerke, die noch da sind, erkennen: 150 Neueinstellungen und über 400 Pensionierungen. Das ist ja keine Verbesserung. Sie reden von Relationsverbesserung; faktisch aber werden die Verhältnisse schlechter.

Sie wissen, daß wir eine differenzierte Meinung zur Hauptschule haben. Aber man darf eine Schulform nicht abschreiben, solange sie existiert. Wir haben den Eindruck, daß Sie schon jetzt so tun, als existiere sie gar nicht mehr. Damit verstoßen Sie gegen Ihre Fürsorge- bzw. Leistungspflicht gegenüber denjenigen, die dort lehren und die dort Schülerinnen und Schüler sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(C)

Herr Dammeyer hat eben das böse Wort von der "Liquidation" benutzt.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das war ja mal richtig! - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD] [in Richtung CDU weisend]: Das haben die mit der Gesamtschule vor bzw. Sie mit dem Landesinstitut!)

Es gab auch Schulstrukturvorschläge der CDU - leider gibt es bislang noch keine von Ihnen -, die - so habe ich es jedenfalls verstanden - vorsahen, Gesamtschulen in andere Schulformen umzuwandeln. Ich würde in diesem Zusammenhang nicht von "Liquidation" sprechen. Aber da Sie den Begriff Liquidation benutzt haben, sollten Sie sich einmal fragen, ob Ihre Personalpolitik gegenüber den Hauptschulen nicht eine Art "Liquidation" einer Schulform bei laufendem Betrieb ist,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

einer Schulform, die Verfassungsrang hat, einer Schulform, deren Schülerschaft schwieriger ist als jede andere.

(Zuruf des Abgeordneten Lindlar [CDU])

(D)

Würden Sie sich endlich einmal dazu durchringen, selbst Vorschläge zur Schulstrukturreform zu entwickeln, blieben Ihnen vielleicht peinliche Schritte wie das, was gegenwärtig an Hauptschulen geschieht, erspart. Sie wissen: Wir haben dazu eine differenzierte Position. Wir sollten aber vorsichtig mit Begriffen sein, verehrter Herr Kollege Dammeyer.

Weitere Verschlechterungen wird es nicht nur geben, weil sich neuer Lehrermangel abzeichnet, der in neuen Unterrichtsausfall umschlägt. Es wird weitere Verschlechterungen auch deshalb geben, weil der Mangel an bildungspolitischer Führung im Lande natürlich einen ungeheuren Frust bei denen auslöst, die bereits Lehrer an unseren Schulen sind. Was soll denn auch ein Grund- bzw. Hauptschullehrer, der von der Alterszugehörigkeit her häufig der Großvater seiner Schülerinnen oder Schüler sein könnte, zur Freizeitgestaltung dieser Schülerinnen und Schüler sagen? Was soll er ihnen zum Thema Horrorvideos, Gewalt, Computerspiele oder neue Jugendsekten

(A) (Reichel [F.D.P.]

vermitteln? Die kennen das vielfach gar nicht, was auf Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit einwirkt.

Wo junge Lehrkräfte fehlen - ich dachte, wir wären uns diesbezüglich in der Einstellungspolitik einig, Herr Vesper -, die Anregungen mitbringen, wie man Probleme dieser Zeit behandelt, gehen ältere Lehrer, die damit nicht umgehen können, in die innere Emigration. Das führt dazu, daß sich die Unterrichtsleistungen Bildung und Erziehung an unseren Schulen verschlechtern.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Das ist eine Unverschämtheit!)

Nirgends, meine Damen und Herren, gibt es einen größeren Bedarf an jüngeren und motivierten Lehrkräften, nirgends gibt es einen größeren Bedarf an intensiver Betreuung - -

(Lebhafte Zurufe der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Verehrte Frau Bildungsexpertin Rauterkus, wenn Sie mir eine Frage stellen wollen, bin ich ganz Ohr.

(B)

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Ich brauche keine Frage zu stellen!)

Ich fände das fairer, als alle anderen in ihrer Aufmerksamkeit von meiner Rede abzulenken.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Lohnt das denn?
- Abgeordneter Henning [SPD]: So etwas Albernese!)

Nirgends ist es so wichtig wie an der Grundschule, in junge, motivierte Lehrkräfte zu investieren. Dort wird die Einstellung zu Schule schlechthin geprägt. Das ist die erste Schule, die Kinder kennenlernen. Dort wächst das Bewußtsein dafür, was Schule ist und was nicht, was sie leisten kann und was nicht.

Deshalb beantragen wir vor dem Hintergrund massiver Sparvorschläge für den Gesamthaushalt hier für genau diese Schulform, daß die Zahl der Lehrer zumindest Schritt hält mit der Zahl der Schüler in

diesem Jahr.

(Beifall bei F.D.P., GRÜNEN und CDU)

Wir fordern hier Mehrausgaben und bleiben damit einer Linie treu, die wir hier seit sieben Jahren vertreten: Vorrang für Bildungsinvestitionen! Vorrang und Konzentration auf diese wichtigste Aufgabe des Landes! Neue Prioritätensetzung im Landeshaushalt und Konzentration der Kräfte auf diesen Bereich!

Motivation ist nicht nur eine Frage der Lehreranzahl. Sie ist auch eine Frage der Behandlung der Lehrkräfte durch den obersten Dienstherrn. Ich empfinde es als einen Skandal, daß Lehrer gegen die Rechtslage immer noch gedrängt werden, auf Reisekostenerstattung für Klassenfahrten zu verzichten. Das ist offensichtlich nicht auszurotten. Ich empfinde es als geradezu perfide, daß sie - wenn sie sich aufgrund dieser Tatsache weigern, an Klassenfahrten teilzunehmen - den Eltern und Schülern gegenüber als Schuldige dafür dargestellt werden, daß Klassenfahrten nachher ins Wasser fallen.

(Minister Schwier: Von wem?)

Da findet eine Menge Populismus zu Lasten aller am Schulleben Beteiligten statt.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kultusminister, ich wünsche mir, daß Sie in diesen Fragen klarer Flagge zeigen. Ich selbst bin nicht Lehrer. Das habe ich mit Herrn Schleußer gemeinsam, der die Tätigkeit von Lehrern eben schon gewürdigt hat. Es spricht grundsätzlich nicht gegen uns beide, daß wir keine Lehrer sind. Ich möchte hier aber sagen: Aus meiner Sicht ist es heute kein reines Vergnügen, vor Klassen, die immer größer werden, in denen immer mehr schwer erziehbare Kinder sitzen, in denen soziale und kulturelle Konflikte zunehmen, in denen Gewaltbereitschaft wächst, Unterricht durchzusetzen. Das ist kein reines Vergnügen. Ich stelle es mir jedenfalls nicht als ein solches vor.

Und wenn dann diejenigen, die das leisten, in entscheidenden Situationen, wie ich sie gerade genannt habe, nicht die Rückendeckung des Kultusministers bekommen, dann ist das ein schlechter Umgang mit

(A) (Reichel [F.D.P.]

dem wichtigsten Kapital, das wir an unseren Schulen haben, nämlich der Motivation der Lehrkräfte, die dort die Leistungen für unsere Schülerinnen und Schüler zu erbringen haben. Gerade in Zeiten knapper Kassen, wenn wir Lehrern in der Tat mehr Leistungen abverlangen müssen, dürfen nicht demotivierende Vorurteile nach dem Motto belebt werden: Die sind alle nur faul und haben ohnehin gutbezahlte Halbtagsjobs. Es ist also nicht der richtige Zeitpunkt für Populismus.

Zur Demotivation trägt natürlich auch bei, wie ungleich Leistungsanreize auf die Schulformen verteilt sind. Vergleichen Sie einmal die Leitungsebene einer Gesamtschule mit der Leitungsebene einer Realschule! An Gesamtschulen gibt es Schulleiter, stellvertretende Schulleiter, didaktische Leiter, Fachleiterkoordination - alles A-15-Stellen -, Abteilungsleiter - A-14- oder A-15-Stellen -; an Realschulen gibt es den Rektor und den Konrektor. Und nicht einmal hier, was diese einzige Konrektorenstelle angeht, wird der Stellenschlüssel vollständig ausgeschöpft!

Wenn ich natürlich das Signal an junge Lehrer gebe: wenn ihr persönlich Chancen haben wollt, wenn ihr auch Beförderungschancen haben wollt, dann geht zur Gesamtschule, und wenn ihr das nicht wollt, dann

(B)

habt ihr eben Pech gehabt - dann darf man sich über den Frust an allen anderen Schulformen, wohin, nebenbei bemerkt, die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler geht, was sich also zu Lasten der Kinder auswirkt, nicht wundern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir begrüßen zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Fachlehrer und Werkstattelehrer. Aber warum sind auch hier Hauptschulen und Realschulen ausgenommen? Ungerechtigkeit fördert das Gegenteil von Motivation.

Leistungsbereitschaft hängt auch davon ab, daß Leistung sich lohnt. Sie haben die Anrechnungs- und Entlastungsstunden im Rahmen des Handlungskonzeptes gekürzt. Damit waren wir einverstanden; das will ich hier ausdrücklich sagen. Man kann wirklich die kritische Frage stellen, ob es gut ist, die besten Lehrer vom Unterricht zu befreien. Aber wo ist ein anderer Anreiz zu besonderer Tätigkeit, zu besonde-

(C)

rer Leistung, zu Leistung über die eigentlichen Unterrichtsverpflichtungen hinaus? Kienbaum hatte Mittel-pools vorgeschlagen. Nichts dergleichen kommt!

Wer sich engagiert, muß auch honoriert werden. In Zeiten knapper Kassen können wir auf intelligente Formen der Motivation nicht verzichten. Einfach dasitzen und nichts tun, außer zu sparen, das führt zu tausendfachen inneren Kündigungen an unseren Schulen. Bei der Bedeutung von Bildung und Erziehung für die Zukunft unseres Landes und für die Stabilität unserer Gesellschaftsordnung können wir uns das nicht leisten.

Wir können es uns nicht leisten, so unsäglich gestaltungsschwach zu sein. Ein starkes Land wie Nordrhein-Westfalen - so dieser Tage Herr Nowak auf einer Fachtagung in Dortmund - muß mehr Kraft zur Gestaltung seines Schulwesens aufbringen. Das sagte Herr Nowak, der selber aus einem Lande kommt, dem diese Kraft von vornherein fehlt.

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Der kennt den Laden!)

Sie kennen Herrn Nowak ja, Herr Schwier. Vielleicht rufen Sie ihn gelegentlich einmal wieder an.

(D)

Das wesentliche Ergebnis des Kienbaum-Gutachtens, meine Damen und Herren, war die Lücke, die zwischen Soll und Haben klafft. Neuerdings hören wir: Wir müssen mit der Lücke leben.

(Minister Schwier: Mit einer ganz kleinen!)

- Ja, ja, mit einer ganz kleinen! Wir müssen mit der Lücke leben.

Sie haben mit Ihrem Handlungskonzept den Anspruch gehabt, Herr Kultusminister - und ich finde dieses Vorgehen unglaublich -, die Lücke zwischen Soll und Haben, zwischen dem, was wir versprechen, und dem, was wir halten können, wieder zu schließen. Sie haben erst Lehrermangel schlicht damit bekämpft, daß sie ihn weggerechnet haben, und dann haben Sie nicht einmal den Mut gehabt, diese Strategie auch tatsächlich durchzuziehen - offenbar aus schlechtem Gewissen -, und dreieinhalbtausend Lehrer als Lücke stehengelassen. Mit dieser Lücke müssen wir jetzt leben,

(A) (Reichel [F.D.P.]

heißt es dazu fatalistisch. Ich kann nur sagen: Hören Sie intensiver auf Herrn Nowak! Überwinden Sie, Herr Kultusminister,

(Minister Schwier: Haben Sie denn einmal nach seiner Lücke gefragt?)

Ihre Sprachlosigkeit, bringen Sie mehr Kraft zum Handeln für ein modernes Schulwesen in Nordrhein-Westfalen auf, für eine Neuordnung der Schulformen jenseits der Parteiprogrammatik, für eine Motivation der Lehrkräfte! Sorgen Sie dafür, daß Bildungspolitik nicht weiterhin nur vom Finanzminister bestimmt wird!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Kollegin Schumann für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Herren Finanzminister und Kultusminister! Den Finanzminister nenne ich als ersten; denn er ist die wichtigere Person bei dieser schulpolitischen Diskussion.

(B)

(Minister Schwier: Wir reden über den Haushalt, Frau Kollegin!)

- Ja; Sie möchten aber vielleicht ein bißchen energischer an diesem Haushalt mitgestalten. Das ist das, was ich Ihnen sozusagen in meiner Rede mitteilen möchte.

(Beifall bei GRÜNEN, CDU und F.D.P.)

Frau Philipp, Sie haben hier die Debatte eröffnet. Sie haben, so möchte ich sagen, eine ideologische Brandrede gehalten, die in keiner Weise geeignet ist, dem Problem ein Stückchen näherzukommen, das wir jetzt zu lösen haben,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Dann haben Sie sie nicht verstanden!)

gesellschaftlich und politisch und individuell. Sie

(C)

haben im Grunde alle Vorurteile der Stammtische hier wieder bestätigt. Es tut mir wirklich leid, daß wir tatsächlich in diesem Hause kein bißchen weiterkommen.

Das gesellschaftliche Umfeld von Schule, Frau Philipp, hat sich in den letzten Jahren zunehmend geändert. Ich bin seit Einzug in diesen Landtag nun zweieinhalb Jahre aus der Schule heraus. Wenn mir vor zweieinhalb Jahren jemand gesagt hätte, was jetzt in den Schulen läuft, hätte ich gedacht: der spinnt. Da hat sich viel geändert; aber, Frau Philipp, daß jetzt eine nationalistisch-rassistische Gesinnung in die Schulen schwappt und auch das Verhalten der Schüler mitbestimmt, das können Sie doch im Ernst nicht den empanzipatorischen Lernprozessen anlasten!

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Na selbstverständlich, andere haben das vorher prophezeit!)

Das ist ja abwegig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Philipp, ich möchte ihnen einmal sagen,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Sie hat es immer noch nicht verstanden!)

(D)

wer das gesellschaftliche Umfeld in den letzten zehn Jahren politisch mitgestaltet

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Nicht so laut!)

und dafür gesorgt hat, daß Rassismen hoffähig werden und natürlich auch von Kindern in Wort und Verhalten übernommen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Das ist die CDU/CSU-F.D.P.-Bundesregierung,

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist ja unverschämt!)

die großen Anteil daran hat, daß Menschenrechte in diesem Land nicht mehr generell geachtet werden,

(A) (Schumann [GRÜNE])

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Unglaublich!)

die großen Anteil an der Aushöhlung der Menschenrechte für Ausländer und für Flüchtlinge hat, die dafür gesorgt hat, daß ein rücksichtsloses Leistungsprinzip

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Schaum vor dem Mund wegnehmen!)

in dieser Gesellschaft hoffähig geworden ist, die mit dafür gesorgt hat, daß rücksichtslose Modernisierungsstrategien Menschen perspektivlos abgehängt und zurückgelassen haben,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

daß eine soziale Polarisierung zwischen reich und arm in diesem Land läuft, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Dafür haben Sie gesorgt. Ich denke, das ist eine ganze Menge an Gewaltpotential, das Sie geschaffen haben. Damit haben Sie auch den Nährboden für Gewaltphantasien gestiftet, die jetzt zum Beispiel ausgelebt werden.

(B)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Linke Lehrer produzieren rechte Schüler!)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin Schumann, darf ich Sie einmal unterbrechen. Herr Kollege Dr. Rohde - -

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Ich denke, Sie möchten sich doch ein bißchen beruhigen! - Glocke des Präsidenten)

Jetzt muß ich Sie fragen, ob Sie

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

- Frau Philipp, bitte! - Herrn Kollegen Dr. Rohde eine Zwischenfrage erlauben wollen?

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Bitte, Herr Dr. Rohde!)

- Bitte schön!

(C)

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Kollegin, kann es möglich sein, daß Sie die nachdenklichen Sätze Ihrer Kollegin Frau Scheffler in der von den GRÜNEN herausgegebenen Broschüre, die eben Herr Matthiesen zitiert hat,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

nicht gelesen haben, in der nämlich Frau Scheffler zu Recht fragt, ob es nicht einen besonderen Zusammenhang zwischen der 68er Revolution und dem gibt, was wir heute an Rechtsextremismus in den Schulen zu verzeichnen haben?

(Zurufe von der SPD: Das darf nicht wahr sein!)

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Rohde, Frau Scheffler hat es nie so behauptet wie Frau Philipp - und da muß man auf den großen Unterschied hinweisen - ,

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Darauf lege ich Wert!)

das sei monokausal zu erklären, was wir jetzt zur Zeit hier vorfinden.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sicherlich muß man sich fragen, wo beispielsweise emanzipatorische Prozesse tatsächlich vielleicht zu technokratisch durchgelaufen sind, das heißt, sich zu wenig an den Interessen und an den Bedürfnissen der Kinder orientierten.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Deswegen sind aber Emanzipation und politische Aufklärung doch nicht auf den Misthaufen der Geschichte zu schmeißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muß es nur verbinden mit Einsichten wie beispielsweise dieser, daß Kinder Nähe brauchen, daß Kinder Menschen brauchen, die Zeit für sie haben.

(A) (Schumann [GRÜNE])

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Ich komme darauf zu sprechen, was mir an Erziehungskonzept wichtig ist. Frau Philipp, ich will Ihnen noch etwas sagen: Kollegen erzählen - und da fragen Sie bitte einmal nach, wie das zustande kommt - von Briefen, die Eltern im Rhein-Sieg-Kreis an Schulen schreiben. Wissen Sie, was darin steht? - Da steht drin, daß sie möchten, daß die Schulleiter dafür Sorge tragen, daß ihr Kind in ausländerfreien Klassen unterrichtet wird. "Ausländerfreie Klassen" werden hier in Deutschland schon wieder gefordert.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Wo? - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Und da sagen Sie: Also, bitte schön, die Linken sind es. Ich könnte Ihnen hier sehr viele Beispiele vortragen, aus denen hervorgeht, daß Sie ideologisch blind sind,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn Sie solche Monokausalitäten wider besseren Wissens in den Raum stellen.

(B) Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Schumann, würden Sie eine Frage von Herrn Lindlar zulassen?

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Ja, sicher! Ich komme jetzt sowieso aus dem Schritt wegen dieser ideologischen Debatte!)

Akzeptieren Sie ?

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Bitte, ja!)

- Frau - - Herr Lindlar, bitte!

(Heiterkeit und Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE]: Frau Lindlar!)

Abgeordneter Lindlar (CDU): Vesper, wehe Du lachst darüber!

Vizepräsident Schmidt: Ist er nicht, er ist männlich.

Ganz klar.

Abgeordneter Lindlar (CDU): Frau Kollegin, da ich einer der Vertreter aus dem Rhein-Sieg-Kreis bin, würde mich schon sehr interessieren, wo Sie diesen Brief jetzt her haben. Kann es sein, daß es - Gott sei Dank - ein derartiger Einzelfall ist, daß er noch nicht einmal die Qualität der Berichterstattung in der Lokalpresse erreicht hat?

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Lassen Sie uns das bitte hinterher klären.

(Abgeordneter Lindlar [CDU]: Ja!)

Ich habe auf einer Fachtagung für Sonderschulpädagogen diese Mitteilung von Kolleginnen aus dem Rhein-Sieg-Kreis bekommen. Ich würde da gern weitervermitteln.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ein selbst geschriebener Geheimbrief!)

Was brauchen Kinder? - Kinder brauchen nicht die Erziehung zur Ordnung und Sauberkeit. Kinder brauchen mehr denn je Menschen, die ihnen zuhören, aber auch Position beziehen, die sie akzeptieren aber auch Grenzen zeigen in Diskussionen zum Beispiel über die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse. Sie brauchen andere Erfahrungen als die, die sie alltäglich in der Gesellschaft mit Gewalt machen. Sie brauchen Handlungsalternativen, um wegzukommen von aggressiver Selbstbehauptung und der Abwehr von Fremdem; denn das ist, was sie täglich lernen.

Diese Zeit fehlt aber den meisten - wir reden über Schule - Lehrern und Lehrerinnen, weil die Größe der Klassen, die Unterrichtsorganisation, die nur ausnahmsweise projektorientiert und fächerübergreifend angelegt ist, die Erfüllung der Lehrpläne in einem Schuljahr und die Zahl der Klassenarbeiten das Diktat im Schulalltag sind. Das ist traurig genug. Davon müssen wir wegkommen, Frau Philipp. Und wenn ich Ihnen richtig folge, höre ich immer bei Schulzeitverkürzung heraus, daß Sie das ganze Programm noch mehr straffen wollen und noch mehr Stoff schneller unterrichten wollen. Wo soll da Zeit bleiben für das,

(C)

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

was notwendig ist?

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Da hören Sie wieder Falsches heraus!)

Das können Sie mir nicht weismachen. Warum, Frau Philipp, wollen Sie, daß die Grundschulpädagogik nach der vierten Klasse schlagartig aufhört?

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Weil das mit der Entwicklung der Kinder zu tun hat!)

Denn da fängt für Sie das leistungsorientierte Bildungssystem an. Da trennen sich die Wege, da müssen die Schüler nach Begabungen sortiert werden, und da wird wissenschaftsorientiert und leistungsorientiert gelernt. Wer die Leistungsorientiertheit nicht schafft, geht dann eben auf die nächstniedere Schule. Das heißt, wir selektieren nach unten.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Das ist Ihre Pädagogik, und Sie fordern sie ja ein, wenn Sie die Gesamtschulen, also alle Reformperspektiven, in diesem Land in Frage stellen und abschaffen wollen.

(B) (Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ich denke, Sie hätten etwas zur Landesregierung und zum Haushalt zu sagen!)

Liquidieren ist da sehr wohl der richtige Ausdruck; denn wenn Sie den Gesamtschulen und den Kollegschulen in der Größenordnung die Lehrerstellen streichen, dann sind die nicht mehr arbeitsfähig, und zwar ab sofort. Das heißt, Sie haben dafür gesorgt, daß diese Schulen quasi de facto nicht mehr existieren.

Wir haben festgestellt, daß Sie einen großen Anteil an der über Jahrzehnte dauernden und permanenten Behinderung von schulischen Reformkonzepten haben, die Leistung und Erwerb von Wissen, Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen nicht als von den Schülerinnen und Schülern abgetrennte, entfremdete Prozesse ermöglichen wollen. Sie, die CDU, haben diese Konzepte an die Kette gelegt, an die Kette des gegliederten Schulsystems, das Selektion und Konkurrenz für unverzichtbar erklärt.

(C)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Hat Herr Schwier Sie um diese Rede gebeten?)

Und in Ihrem Entschließungsantrag haben Sie all diese Schrecklichkeiten noch einmal in eine Form gegossen, um sie uns sozusagen in einer netten Form zu präsentieren. Wir sagen klipp und klar: Das lehnen wir ab.

Sie sagen, so verlogen dies eben geht, Sie möchten mit den Stellenkürzungen bei den beiden Schulformen Ungerechtigkeiten im Schulbetrieb abbauen. Genau genommen - aber wirklich ganz genau genommen - wollen Sie die Ungerechtigkeiten im Schulwesen zementieren. Indem Sie nämlich Gesamtschulen und Kollegschulen abschaffen, sorgen Sie mit dafür, daß die sozialen Bildungschancen von Kindern von Arbeitern und Ausländern schlechter werden, noch schlechter werden. Und damit haben Sie tatsächlich auf direktem Wege dafür gesorgt, daß sich Ungerechtigkeit weiter fortsetzt.

Jetzt komme ich zur SPD!

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Schumann, würden Sie vorher noch eine Frage von der CDU-Abteilung, von Frau Philipp, zulassen?

(D)

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE] [seufzend]: Ach, Frau Philipp!)

Ja, wollen Sie? Entscheiden Sie!

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Also, ich entscheide mich dafür, Frau Philipp trotzdem zu hören.)

Für Frau Philipp also!

Abgeordnete Philipp (CDU): Ich finde es sehr nett, wenn Sie sich so ausführlich, wenn auch nicht immer auf den Punkt diskutierend, nicht immer das Richtige referierend, mit unserer Vorstellung von Bildungspolitik auseinandersetzen.

Ich frage Sie deswegen, ob Sie mit der Landesregierung einverstanden sind.

(A)

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Frau Philipp, ich hatte gerade die Kurve kriegen wollen.

(Heiterkeit)

Und die Kurve heißt: Was will denn eigentlich die SPD? - Wenn wir gesagt haben, wir können diesem phantastischen Schulhaushalt nicht zustimmen, muß das ja Gründe haben. Und die will ich, nachdem ich gestern schon etwas ausführlich darauf eingegangen bin, natürlich noch einmal in diesem Zusammenhang nennen.

Die liebe Gesamtschule, liebe SPD, braucht, weil sie im Aufbau ist, 600 Stellen. Das ist schulfachlich festgestellt worden. Die fehlen, und ich sehe nicht, daß Sie sie in den Haushalt eingestellt hätten. Auch Sie müssen sich fragen, ob Sie die Gesamtschule denn wirklich wollen oder ob Sie möglicherweise klammheimlich mit diesem phantastischen Konzept von Herrn Reichel mehr und mehr sympathisieren, daß nämlich die Gesamtschule in der Regel keinen Ganztags mehr haben muß und daß man sie ja auch kostenpflichtig machen kann.

(B) Ich sage Ihnen: Sie finden das ganz sympathisch; das weiß ich. Und über kurz oder lang werden wir erleben, daß dieses Konzept der F.D.P. greift. Im Vorfeld kann man den Gesamtschulen im Aufbau schon die Ausgestaltung des Ganztags ein wenig erschweren, indem man die 600 Stellen nicht einbringt.

Die Zeit ist reif für innere Reformen, haben wir gesagt, und zwar unabhängig davon, ob wir jetzt die Schulstruktur haben, die wir wollen, oder nicht. Die Zeit ist reif, daß sämtliche Schulformen - Herr Reichel, insofern gebe ich Ihnen recht - im Interesse Ihrer jetzt dort real existierenden Schülerinnen und Schüler besser ausgestattet werden, und zwar nicht nur mit mehr Lehrern, sondern auch mit Lehrern, die sich in der heutigen Situation zu Problemen verhalten können, die ihnen relativ neu oder - würde ich sogar behaupten - sogar total neu sind.

Dafür haben wir in bezug auf den Haushalt an die Adresse der SPD gerichtet gefordert, daß interkulturelle Lernkonzepte ermöglicht werden, daß sie weiterentwickelt werden, und vor allen Dingen, daß sie an die Schulen kommen. Denn was nützen Konzepte auf

(C)

dem Papier?

Was nützt z. B. ein solch tolles Konzept wie "Gestaltung und Öffnung des Schullebens", wenn es wirklich nur noch Papier ist und in der Realität nicht mehr greift und sich nicht breitmacht?

Wir haben "Mädchenförderung" gefordert. Was passiert übrigens mit Mädchen - haben Sie schon einmal daran gedacht? - in dieser Zeit, in der sich jugendliche Gewalttäter männlicherseits so breitmachen? Müssen wir uns da nicht etwas überlegen, z. B. in unseren koedukativen Systemen? - Ich höre aber nichts davon, daß Sie sich Gedanken machten. Dazu haben Sie auch nichts gefordert.

Und auch zur "Gestaltung und Öffnung des Schullebens" gibt es nichts Neues außer "Das wird gemacht, und zwar kostenneutral".

Wir wehren uns gegen die Ausdünnung und Auszehrung, liebe SPD, von pädagogisch Sinnvollem. Dazu zählen wir die tolle Einrichtung Grundschule, die das Kindgerechteste sein könnte, was es in dieser Leistungsgesellschaft innerhalb der Bildungseinrichtungen gibt. Aber es ist politisch gewollt. Mit einer Verschlechterung im Umfang von 540 Stellen nehmen Sie der Grundschule die Lehrer heraus. Es ist etwas für uns ganz und gar Abwegiges, was Sie da als Attacke gegen die Grundschule reiten.

(D)

Wir haben gestern deutlich gesagt, daß wir keine fiktiven Berechnungsgrundlagen für den Lehrerberarf akzeptieren. Wir wollen, daß - das ist das Mindeste - die rechtlich verbindlichen Vorgaben für Unterricht bei der Einstellung von Lehrern und Lehrerinnen umgesetzt werden und sich im Lehrerberarf ausdrücken. Deswegen bestehen wir darauf, daß mindestens die Deckungslücke von 3 496 Lehrer- und Lehrerinnenstellen geschlossen wird.

Wir sagen noch einmal deutlich: Wir haben uns mit dem Handlungskonzept nicht abgefunden. Wir halten es weiterhin für ein Mittel zur pädagogischen Ineffizienzsteigerung und volkswirtschaftlichen Ressourcenverschwendung, weil das betriebswirtschaftlich kurzfristig Ersparte dann an anderen Stellen bei Drogenbekämpfung, bei Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, bei Bekämpfung von Kriminalität und

(A) (Schumann [GRÜNE])

Bekämpfung von Jugenderwerbslosigkeit wieder draufgezahlt werden müssen. Aber "nachträglich" heißt: Da ist schon Schaden an Individuen passiert, der nicht wiedergutzumachen ist.

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Schumann, darf ich Sie bitten, Ihre Rede abzuschließen?

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ja. Da ich mir noch einen zweiten Redebeitrag erlaube - denn ich habe bisher noch kein Wort zur Integration gesagt -, mache ich jetzt mit Ihrer Erlaubnis Schluß und werde mich gleich noch einmal zu Wort melden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Schumann. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

(B) Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gegenüber Erziehungsrezepten soll man immer sehr vorsichtig sein. Denn sie wirken auf unterschiedliche Menschen unterschiedlich. Das gilt übrigens auch für das Stammtisch-Erziehungsrezept, das etwa lautet: Man muß das Gegenteil von dem wollen, was hinterher herauskommt. Sie kennen die Geschichte, daß im Kaiserreich die Deutschen in der Schule zu Untertanen erzogen worden wären und dann doch eine Revolution gemacht hätten. In der Weimarer Zeit seien sie dann zu Demokraten erzogen worden, und da wären Nazis herausgekommen, und diese Nazis hätten dann anschließend die Demokratie zumindest erduldet. Ich halte das für eine Darstellung der Erziehungsgeschichte, die doch ein bißchen grobschlüchtig ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen hat dann ja auch die Erziehungsgeschichte der DDR einiges in Zweifel gebracht.

Aber an eines möchte ich noch einmal erinnern. Hier in diesem Landtag, in dem ich zugegebenermaßen schon relativ lange bin, hat es auch Auseinanderset-

zungen um die Frage gegeben - geführt von den Konservativen -, ob sich die Schule denn überhaupt in Erziehung hineinzumischen hätte, das sei schließlich Sache der Familie.

(Zurufe von der CDU)

- Ich habe das jedenfalls noch ganz gut im Ohr. Und ich habe auch noch die Auseinandersetzung über die Frage der sogenannten Konflikterziehung, die ja in Wirklichkeit der Versuch einer Erziehung war, die Konfliktbewältigung erleichtern sollte, gut im Ohr.

Deswegen täten wir alle gut daran, hier nicht mit billigen, einfachen und leicht mißverständlichen Schuldzuweisungen den gegenwärtigen Zustand zu behandeln. Wenn ich dann erlebe, daß das als Vorspann zur Beratung des Haushalts in zweiter Lesung genutzt wird, die bei den Oppositionsparteien dann immer in eine ganz schlichte Forderung nach mehr Geld ausläuft - egal, wie und von welcher Seite her begründet -, dann habe ich meine Zweifel.

Nun ist Herr Schauerte wieder anderweitig beschäftigt. Ich wollte einmal bei ihm anknüpfen.

(Zuruf von der CDU: Herr Schauerte! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja!)

(D) Er hat ja, als dieser Haushalt eingebracht wurde, den ehemaligen Finanzminister und von mir hochverehrten Kollegen Posser gelobt, weil er Personal eingespart hat.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja!)

Aber als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses müssen Sie doch wissen, wo der Großteil dieser Personaleinsparung herkommen mußte. Das waren Lehrerstellen, Herr Schauerte, und zwar deswegen, weil die Schülerzahlen rasant zurückgingen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja, zur rechten Zeit das Rechte tun!)

- Aha! Und Sie meinen, jetzt sei die rechte Zeit, richtig draufzulegen, gleichzeitig aber in der Endrechnung Personal einzusparen.

(A) (Minister Schwier)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: An anderer Stelle! Mit 6 900 untersuchten Stellen! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

- Herr Schauerte, Sie wollen die 6 900 Stellen, die wir - vielleicht sogar gemeinsam - in den kommenden Jahren einzusparen versuchen wollen, am besten jetzt gleich vorab besetzen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Bis zum Herbst einige, das könnte helfen! - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Schauerte bietet sich selber auch an! - Heiterkeit)

- Das tun wir ja auch schon.

Ich will jetzt etwas zum Haushalt sagen und versuchen - ich gebe zu: nicht mit großer Zuversicht -, einige immer noch nicht ausgeräumte Irrtümer aus der Welt zu schaffen.

Wir haben ja ein Papier, das mit der Schlagzeile "Zusammenbruch programmiert" beginnt. Frau Kollegin Philipp, da muß ich sagen: Diese Überschrift ist wirklich nicht neu. Die Katastrophe und das Chaos, die jeweils im kommenden Schuljahr eintreten werden, werden hier jeweils angekündigt, und wenn sie dann nicht eintreten, werden sie für das darauf folgende Jahr erneut angesagt.

(B)

In diese parlamentarischen Auseinandersetzung gehe ich relativ ruhig, die im übrigen zuvor in einem sozialdemokratischen Kabinett immer eine harte und scharfe Auseinandersetzung war. Darauf können Sie sich verlassen. Die Auseinandersetzung und die Ergebnisse, zu denen das Kabinett dann gekommen ist, werden wir Ihnen nicht anschließend nochmals zum Fraß vorwerfen. Aber den Vorwurf, daß der Finanzminister letztlich den Haushalt entscheidend mitbestimmt, den nehme ich hin. Das ist so.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist auch in Ordnung!)

Da der Einzelplan, über den wir hier reden, mit immerhin 13,9 Milliarden DM - wovon mindestens 12 Milliarden DM für Schule und davon fast alles für Personal draufgeht - ja nicht unbedeutend ist, denke ich, daß dieses Reden von Kürzungen und "Das ist

(C)

alles nichts" nicht förderlich für das Klima ist, in dem Schulen arbeiten.

(Zuruf der Abgeordneten Philipp [CDU])

Da kommt dann die Schlagzeile heraus: "Zusammenbruch ist programmiert". Und weiter: "Im Schuljahr 1992/93 nur 15 Lehrerstellen mehr bei einem Zuwachs von 41 800 Schülern". Ihnen ist schon im Ausschuß erklärt worden, daß Sie hier falsche Vergleiche angestellt haben. Für das Jahr 1992 wissen wir, wie viele Schüler wir haben. Für 1993 können wir nur eine Prognose anstellen. Übrigens waren die Prognosen immer sehr gut; sie lagen dicht an den späteren tatsächlichen Zahlen. Sie müssen den Unterschied von etwa 30 000 Schülern zwischen der Prognose und dem Ergebnis immer auf eine Gesamtschülerzahl von 2,4 Millionen beziehen.

In Wirklichkeit ergibt der reale Vergleich einen Gesamtzuwachs von 9 200 Schülern und nicht von 41 800 Schülern. Wenn Sie etwas in eine Schlagzeile schreiben, es aber eigentlich besser wissen müßten, läßt das nur den Schluß zu: Hier sieht jemand den "Zusammenbruch" nicht vor sich, sondern er möchte ihn, er programmiert ihn also selber.

Im übrigen wissen Sie, daß diese plakative Aussage "15 Stellen mehr" auch falsch ist. Denn wir haben 1360 neue Stellen geschaffen. Wir haben 797 kw-Stellen in Dauerstellen umgewandelt, und wir haben kw-Realisierungen und Stellenabsetzungen in der Größenordnung von 1 387 gehabt.

(D)

Das alles sind Verschiebungen und Bewegungen, die wir machen, ohne den Stellenplan wesentlich ausweiten zu können. Was es mit Kreativität und Einfallsreichtum zu tun hat, sich hinzustellen und schlicht zu sagen "wir wollen mehr Stellen", meine Damen und Herren, das ist wirklich das Simpelste, was man in der Politik machen kann. Und das ist um so unglaubwürdiger,

(Beifall bei der SPD)

je stärker dann anschließend beklagt wird, daß diese Mehrstellen auch mehr Geld kosten.

(A) (Minister Schwier)

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Das haben wir doch nicht gemacht!)

- Dann war ich im verkehrten Saal, Frau Kollegin.

Herr Kollege Reichel, Sie haben gesagt, wir machen die Hauptschule kaputt. Manchmal denke ich, alle Information ist für die Katz'. Sie wissen, daß wir bei rückläufigen Schülerzahlen - denn die Schülerzahlen spielen bei dem Vergleich zwischen den einzelnen Schulformen für Sie überhaupt keine Rolle - für die Hauptschulen Neueinstellungen vornehmen, obwohl sie nach der Schülerzahl leider nicht gerechtfertigt wären, damit dort wieder junge Lehrer hineinkommen.

Nur, wenn ich hier in dem Antrag der CDU lese, was für schreckliche Schülerzahlen uns im Jahre 2005 ins Haus stehen, da frage ich ganz schlicht: Sollen wir dafür jetzt schon Lehrer einstellen?

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Nein!)

- Nein, das ist ja gut, daß wir das wenigstens noch nicht müssen, sondern daß wir Jahr für Jahr im Haushalt das Mögliche tun und dann doch bitte anschließend auch feststellen: Dies ist das Mögliche, und darüber hinaus gibt es Wünschbares. Immer wenn jemand das Wünschbare mit dem Realisierbaren vergleicht, ist das Realisierbare schlechter. Das ist der Nachteil, wenn man registert, aber auch der einzige.

Also: Für Hauptschulen, Sonderschulen und Berufsschulen haben wir in den letzten Jahren bei Verbesserungen und Sicherstellungen des Standards Lehrer eingestellt.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kultusminister, würden Sie noch eine Frage von Herrn Lindlar beantworten?

(Minister Schwier: Ja, mache ich.)

- Kollege Lindlar, bitte!

Abgeordneter Lindlar (CDU): Herr Minister, sagen

(C)

Sie uns jetzt auch einmal etwas über die Personalsituation an den Sonderschulen?

Kultusminister Schwier: Ja, über die Personalsituation an den Sonderschulen sage ich Ihnen auch etwas. Sie wissen, daß wir dort Schüler-Lehrer-Relationen für die größte Sonderschulform, nämlich die Sonderschule für Lernbehinderte, Schritt für Schritt verbessert und realisiert haben, daß wir dort leider inzwischen schon wieder bei dem Zustand angelangt sind, nicht alle Stellen, die wir im Haushalt haben, fachgerecht besetzen zu können.

Deswegen versuche ich seit Jahren auch in diesem Hause deutlich zu machen, daß ein Schlagwort wie "Lehrermangel" immer nur falsch sein kann, weil hier zu vieles in einen Topf gerührt wird. Also: Für besondere Sonderschulen werben wir schon wieder. Deswegen haben wir für den 01.02.1993 noch aus dem Haushalt 1992 Besetzungsmöglichkeiten für Stellen an solchen Sonderschulen - nicht, weil wir die vorher nicht besetzen wollten, sondern weil wir sie nicht besetzen konnten!

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Deswegen sind die Schülerzahlen wichtig, weil man planen muß!)

(D)

- Ich kann das so nicht verstehen, Frau Kollegin.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, wenn Sie gestatten, wird Frau Philipp das in eine Frage kleiden.

(Minister Schwier: Bitte!)

Ich erteile ihr das Wort.

Abgeordnete Philipp (CDU): Jetzt stelle ich die Frage doch, die ich mir eben verkniffen habe. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir mal zuviel Lehrer haben gleich Arbeitslose, mal zuwenig wie jetzt für den Sonderschul- und auch für den berufsbildenden Bereich

(A) (Philipp [CDU])

(Minister Schwier: Nur für einige Fächer in den berufsbildenden Schulen!)

- ja, natürlich -, vor diesem Hintergrund meine ich, wäre es richtig und wichtig, und frage Sie, ob Sie dem zustimmen, daß wir die Zahlen für 2005 immer, und zwar jederzeit, im Auge und im Hinterkopf haben müssen, weil wir Vorsorge auch im Bereich der Lehrerausbildung treffen müssen, unabhängig von der Planung der Einstellung von Lehrern.

Kultusminister Schwier: Richtig! Da haben Sie absolut recht. Deswegen veröffentlichen wir auch laufend Prognosezahlen, um jungen Leuten, die sich für einen Lehrerberuf entscheiden wollen, Anhaltspunkte für diese Entscheidung zu bieten.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Aber mit Einschränkungen!)

- Entschuldigen Sie, aber wenn Sie unter der Überschrift "Zusammenbruch programmiert" die Schülerzahlen oder den Lehrerbedarf des Jahres 2005 veröffentlichen, glaube ich nicht, daß Sie damit Informationen überbringen wollen, sondern damit wollen Sie doch Provokation überbringen. Oder habe ich das im verkehrten Blatt gelesen?

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wer langfristig denkt, ist doch kein Provokateur! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Wenn das so ist, sind Sie keiner, Herr Schauerte!)

- Herr Schauerte, Sie kennen augenscheinlich nicht Ihren Antrag, der unter der Überschrift "Zusammenbruch programmiert" Zahlen veröffentlicht, die der Kultusminister unentwegt und immer fortgeschrieben den Schulen, aus denen künftige Lehrer kommen können, in einer entsprechenden Anzahl zur Verfügung stellt. Aber die Lehrer, die wir im Jahre 2005 einstellen müssen, entschuldigen Sie, die besuchen derzeit noch

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das Gymnasium!)

die Grundschule oder das Gymnasium in der Sekund-

arstufe I.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Zu Beginn!)

Da gibt es nicht so ganz viele, die schon eine vernünftige Berufsentscheidung treffen. Deswegen sage ich: Wenn Sie das in einem solchen Papier unter dieser Überschrift unterbringen, dann legt das zumindest den Verdacht nahe, daß dies keine Information für den Lehrernachwuchs ist.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kultusminister, würden Sie sich noch der Beantwortung einer Frage von Herrn Lindlar widmen?

(Minister Schwier: Ja, aber ich möchte auch noch zwei Anmerkungen zur Sache machen.)

Gestatten Sie die Frage?

(Minister Schwier: Ja, bitte!)

- Bitte, Herr Lindlar!

Abgeordneter Lindlar (CDU): Herr Minister, halten Sie denn die Formulierung "Zusammenbruch programmiert" zumindest für zum jetzigen Zeitpunkt bereits zutreffend für die Lehrerversorgung der Geistigbehinderten-Schulen, z. B. im Rhein-Sieg-Kreis, wo der Unterricht in großen Teilen ausfallen muß, weil eben nicht genügend Lehrerversorgung gegeben ist?

(D)

Kultusminister Schwier: Herr Kollege, auch dafür hielte ich sie für unpassend. Selbst wenn die Überschrift lauten würde "Zusammenbruch der Schulen für Geistigbehinderte im Rhein-Sieg-Kreis programmiert", würde ich sagen, das entspricht nicht der Realität.

(Zustimmung des Abgeordneten Frey [SPD])

Ich habe Ihnen gesagt, worin die Schwierigkeiten stecken. Nun bin ich da auch ganz gelassen, weil wir jedes Jahr solche "Chaos-Katastrophen-Zusammenbruch-Prognosen" von der CDU bekommen. Mich

(A) (Minister Schwier)

wundert allerdings immer noch, wie wenig da die Realität zur Kenntnis genommen wird.

Jetzt will ich noch einen Punkt einbringen, der auch mir nicht besonders angenehm ist; das ist die Geschichte mit den Reisekosten für Lehrer bei Schulfahrten. Da reichen die Mittel seit Jahren nicht für alle Schulfahrten in voller Höhe. Das lag und liegt teilweise auch heute noch daran, daß Reisen geplant werden, deren pädagogische Sinnfälligkeit im Verhältnis zu den Kosten jeweils zu überprüfen ist.

(Zuruf von der CDU: Das wird doch mit den Eltern vorbereitet!)

- Das wird mit den Eltern vorbereitet, aber auch Eltern sind da manchmal unterschiedlicher Meinung. Und manchmal schämen sich auch Eltern zu sagen, "die 700 Mark für die Fahrt nach Rom können wir nicht aufbringen", weil die Mehrheit der Klasseneltern so tut, als wenn sie es könnte. So etwas gibt es!

Nur, eines stelle ich hier fest: Wenn das Handlungskonzept der Landesregierung nun auslösendes Moment für das Verweigern von Schulfahrten wäre: Für den Haushalt 1993 im Vergleich zu dem des Jahres 1992 sind diese Mittel um 250 000 DM erhöht worden. Da mag sich nun jemand hinstellen und erklären, das sei viel zu wenig; aber daraus den Schluß zu ziehen, es seien Schulfahrten nicht mehr zu machen, das halte ich für eine Verfälschung in der Argumentation.

(Beifall bei der SPD)

Das muß man doch in Ordnung bringen.

Wenn mir Kinder Briefe schreiben: "Weil Du, Kultusminister, Kienbaum machst, dürfen wir jetzt nicht mehr fahren, und unsere Lehrer kriegen keine Reisekosten mehr", dann ist das zumindest eine falsch angekommene Information; denn diese Mittel sind erhöht worden.

Eine zweite Feststellung! Herr Kollege Reichel, wenn Sie Ungerechtigkeiten zwischen Schulformen im Rahmen eines Konzepts anmahnen, das doch nicht auf Mehrzahlungen, sondern auf Beschränkungen auf das Notwendige besteht, und sagen, wir möchten doch

(C)

bitte Ungerechtigkeiten zwischen Schulformen ausgleichen, weil die Realschulen weniger Beförderungstellen als die Gesamtschulen haben, dann muß ich Ihnen erwidern, daß Sie sehr viel ausräumen müßten. Da gibt es noch erheblich gravierendere Unterschiede in den Wochenstundenverpflichtungen, in den Möglichkeiten der Beförderungstellen, die nun einmal etwas mit dem Unterschied zwischen dem gehobenen und dem höheren Dienst zu tun haben, usw. usf. Okay. Ich bin bereit, mit Ihnen darüber zu reden, jedoch nicht nach dem Motto: Nur Wohltaten und keine Schnitte an anderer Stelle! - Das geht nämlich nicht. Das ist nicht bezahlbar. Da müßten wir uns dann tatsächlich nicht auf kurzfristige Gewinne bei bestimmten Gruppen, sondern auf Solidarität im Handeln gegenüber allen immerhin fast 160 000 Frauen und Männern einstellen, die an unseren Schulen arbeiten.

Meine Damen und Herren, ich kann mir ebenfalls einen schöneren Haushalt 05 - Schule - vorstellen; aber ich weiß, daß dieses das Erreichbare ist, und damit können wir im kommenden Jahr auch leben.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kultusminister Schwier.

(D)

Im Augenblick habe ich noch eine Wortmeldung zum Komplex Schule im Bereich des Einzelplans 05. Das ist sozusagen die zweite Runde entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat.

Frau Kollegin Schumann hat sich gemeldet. Bitte sehr!

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Schwier, um an das Ende Ihrer Rede anzuknüpfen, möchte ich hier sagen, daß es mir nicht reicht zu hören, daß es in bezug auf die Bildung das Wünschbare und das Machbare gibt. Bildung ist Gesellschaftspolitik geworden. Mindestens diese Erkenntnisse müßten eigentlich durch die Ereignisse, die wir hier in der ersten Runde alle bedauert haben, auch bei Ihnen angekommen sein.

(A) (Schumann [GRÜNE])

Ich möchte nun im zweiten Teil sagen, warum wir als Fraktion unter anderem gegen das sind, was die SPD für den Ausbau der Integration, also das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung, für den Grundschulbereich beschlossen hat, die 85 Stellen, warum wir das ablehnen und einen Antrag dazu gestellt haben, nämlich den: 800 Stellen für die Fortsetzung der Integration vom Kindergarten in die Grundschule und von der Grundschule in die weiterführenden Schulen.

Der Schulversuch "Gemeinsames Lernen", so sagen Eltern, und ich möchte das hier in dieser Schärfe weitergeben, droht zu einem Versuch an Kindern, an behinderten Kindern zu werden.

Was in der Grundschule und im Kindergarten als gut erlebt wurde, nämlich das gemeinsame Lernen und Leben und Spielen von allen Kindern mit sehr großen Unterschieden, das soll für die Sekundarstufe I, die weiterführenden Schulen - wenn ich jetzt die zwei Privatschulen herausnehme - nur ausnahmsweise an fünf Gesamtschulen im Lande gelten. Da wiederholt sich nun das Drama seit Jahren dergestalt, daß nach dem vierten Schuljahr sämtliche Kinder, die als behinderte Kinder gemeinsames Lernen erlebt hatten, in die Sondereinrichtungen zurückgeschoben, ja, man kann sagen, abgeschoben werden und Freundschaften, die sich gebildet haben, auf eine ziemlich gruselige Art, einfach so, auseinandergehen.

Am Ende dieses Schuljahres werden es wiederum 200 behinderte Kinder sein, die an das Ende der Integration in Nordrhein-Westfalen stoßen. Daß dieses nicht so sein muß, zeigen andere Länder, die andere Konzepte haben, wie beispielsweise sehr hervorragend, sehr vorbildlich Dänemark. Wir als Ausschuß haben uns das selber angeschaut.

Wir haben selber an diesen erwähnten fünf Gesamtschulen im Lande die Erfahrung gemacht, daß es geht. Ach was, was heißt "geht"? Das bedeutet ja: Es geht mal gerade so. - Nein, wir haben festgestellt, daß es gut ist, wenn geistig behinderte Kinder mit sogenannten ganz normalen Kindern zusammen lernen - natürlich immer nach dem Grundsatz: Nicht das gleiche zur gleichen Zeit mit den gleichen Lernzielen, sondern auf unterschiedlichen Niveaus. Da findet das statt, was wir, an den Grundschulen vor allen Dingen,

(C)

so phantastisch finden: daß Kinder in ihrer Individualität erlebt, wahrgenommen und angesprochen und eben nicht nach dem Rasenmäherprinzip gleichmacherisch bedient werden. Denn das ist es, was wir zur Zeit an praktizierter Pädagogik haben: Im Gleichschritt, marsch.

So, und wir haben jetzt festgestellt, daß folgende Schulträger inzwischen auch dahintergekommen sind, daß Integration gut ist. Ich lese vor, welche Schulträger Integration in der Gesamtschule, also nach der vierten Klasse, wollen. Das ist - allen voran - Bielefeld; das sind Aachen, Dülmen, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Köln, Meckenheim, Wesel und - nach meiner persönlichen Kenntnis - Detmold. Das soll aber nicht sein, weil wir halt politische Willkür haben, weil nach Gutsherrenart integriert oder nicht integriert wird.

Wir haben Integrationsklassen für gemeinsames Lernen an vielen Standorten für die Grundschule. Ich lese jetzt all den Abgeordneten, die hier sitzen, die Standorte vor; denn für diese gilt es, einen Anschluß, einen Übergang für das gemeinsame Lernen an weiterführenden Schulen zu finden.

Regierungsbezirk Arnsberg: Bochum, Dortmund, Hagen, Olsberg, Wetter, Plettenberg, Werdohl.

Regierungsbezirk Detmold: Bielefeld, Detmold, Paderborn.

Regierungsbezirk Düsseldorf: Düsseldorf, Essen, Krefeld, Kamp-Lintfort, Mülheim, Wesel, Solingen, Kleve, Kranenburg.

Regierungsbezirk Köln: Bonn, Köln, Pulheim, Weilerswist, Gummersbach, Odenthal, Mechernich, Zülpich, Leichlingen, Overath, Wermelskirchen, Meckenheim, Aachen, St. Augustin, Königswinter.

Regierungsbezirk Münster: Gelsenkirchen, Dülmen, Dorsten, Borken, Nottuln, Haltern.

Sie merken: Wir haben sehr viele Schulen, und die Kinder an diesen Standorten brauchen die Möglichkeit weiterzukommen. Das machen Sie eben nicht!

Wir sagen: Da können wir die Scheinbewegung, die

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

Sie in Ihr Integrationskonzept hineingebracht haben - 85 Stellen für den Grundschulbereich -, ganz und gar nicht goutieren. Es ist grotesk, geradezu abwegig, wie hier mit Kindern verfahren wird.

Ich habe diese Standorte vorgelesen, damit sich die SPD-Abgeordneten in ihren Wahlkreisen um dieses ungelöste Problem kümmern. Es handelt sich schließlich um Kinder, die ganz offensichtlich vergessen und fallengelassen werden.

Noch eines: Bis vor kurzem wußten die Grundschulen, die in diesem Integrationsprogramm schon sind, nicht, was mit ihnen am Ende dieses Jahres wird, ob sie weitermachen können. Es gibt sogar Schulaufsicht, die da Konfusion hineinbringt. Der Schule an der Hütmannstraße in Essen beispielsweise hat sie erklärt: Nee, dat wär jetzt zu Ende, dat gäb et nich mehr.

Ich denke, diese Desinformationspolitik ist Bestandteil dieses gruseligen Integrationsprogramms, das so halbherzig und deshalb auf Kosten der Kinder vollzogen wird.

Noch eines: Die Ausweitung im Grundschulbereich ist überhaupt nicht bedarfsgerecht. Sie tragen dem Faktum nicht Rechnung, daß schon im Kindergartenbereich integriert wird, und zwar immer mehr, trotz der Bedingungen, weil die Einrichtungen das gut und gewinnbringend für alle Kinder finden.

(B)

Ich habe zum Beispiel herausbekommen, daß etwa - geschätzt, Pi mal Daumen - 400 Kinder allein aus integrativen Elementareinrichtungen versorgt werden müßten. Sie stehen jetzt für die erste Klasse an. Ich habe gefragt, ob überhaupt ermittelt wird, wie viele Kinder aus den integrativen Einrichtungen anstehen. Es wurde mir gesagt: Daran haben wir nicht gedacht. Da sag' ich nur: Gott der Herr hat sie gezählet, aber unser Kultusminister nicht, der kümmert sich nicht darum, wie viele Kinder beispielsweise diese Fortsetzung von gemeinsamem Lernen, Leben und Spielen nötig haben.

Herr Kultusminister, Sie wurden neulich gefragt, ob es einen Zusammenhang gebe zwischen zunehmender Gewalt und zunehmendem Terror gegen Behinderte und deren struktureller Benachteiligung und Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, nicht

(C)

nur in der Schule. Diese Frage verneinten Sie. Ich frage mich, wie Sie da so sicher sein können, während sich bei den Ausländern und Flüchtlingen doch zeigt, daß der strukturelle Rassismus zunehmend von Jugendlichen als Hinweis verstanden wird, gesellschaftliche Gewaltphantasien in Form von Tätlichkeiten und Übergriffen gegen diese Gruppen auszuleben. Warum soll das bei anderen Gruppen, die gesellschaftlich nach wie vor ausgegrenzt sind, nicht genauso laufen?

Was ich ganz sicher weiß - das möchte ich zum Schluß sagen -: Aufgrund aller bisherigen Erfahrungen ist das integrative pädagogische Förderkonzept für Kinder und Jugendliche das beste pädagogische Konzept zur Stärkung des Selbstwertgefühls, der Autonomie, der Eigenverantwortlichkeit und der Sozialkompetenz, das es überhaupt gibt. Denn diese Kinder akzeptieren im gemeinsamen Lernen Unterschiedlichkeit. Sie müssen sich nicht aggressiv gegen vermeintlich Schwächere oder weniger Intelligente selbstbehaupten. Das haben sie nicht nötig, weil sie aufgrund der Akzeptanz der eigenen Person und der Zuwendung, die sie erfahren, sich nicht kompensatorisch in aggressive Selbstbehauptung flüchten müssen. In einer Langzeitstudie - -

(D)

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Schumann, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ich denke, selbst wenn ich mit Engelszungen reden könnte, würde es mir wahrscheinlich nicht gelingen, an dieser Stelle deutlich zu machen, was passiert.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das mögen wir aber nicht, mit Engelszungen reden!)

Ich habe versucht, Ihnen ins Gewissen zu reden. Ich finde, das gehört sich. Ich habe das stellvertretend für die Eltern und das Aktionsbündnis getan. Ich möchte - nicht ohne Grund - darauf hinweisen, daß in Ihren eigenen Reihen, in der SPD, viele sind, auch hier im Landtag, die die Forderungen des Aktionsbündnisses unterstrichen haben, zum Beispiel die Forderung, daß endlich ein durchgängiges Konzept für gemeinsames

(A) (Schumann [GRÜNE])

Spiele, Lernen und Leben in allen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen geschaffen wird, und zwar bald, damit jede Unsicherheit und jede Dramatik, wie ich sie geschildert habe, für individuelle Fälle ausgeschaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Schumann.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 05, Abteilung Schule, liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor ich zur zweiten Abteilung des Kultusministeriums - Kultur - überleite, möchte ich darauf hinweisen, daß wir gerade durchgerechnet haben und bei null Uhr heute nacht angelangt sind. Vielleicht läßt sich irgendwie bewerkstelligen, daß sich die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer noch einmal zusammensetzen und erreichen, daß wir etwas früher fertig werden. Dies nur als Hinweis, vielleicht auch als Appell.

(B) Ich leite nun über zur Nummer 3 b) - Kultur - des Einzelplans 05 und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten Professor Möhrmann das Wort. Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einer erfreulichen Mitteilung anfangen. Ich halte sehr viel von Appellen. Ich werde diesem Appell Folge leisten; wir können nicht bis heute abend zwölf Uhr hier sitzen. Ich werde es ganz kurz machen und meine Rede sehr kürzen.

Wir haben eine internationale Wirtschaftskrise? Ein Grund mehr, der Kultur jenen Platz zu geben, der ihr gebührt: den ersten, fordert der Kultusminister. Nur, dieser Kultusminister, meine Damen und Herren, heißt nicht Hans Schwier, sondern Jack Lang.

Auch meine Fraktion räumt der Kultur eine prioritäre Position ein, denn sie weiß: Kultur ist keine harmlose Feierabendbeschäftigung, kein unverbindliches Mu-

(C)

sensspiel in den Randzonen des politischen Geschehens. Kultur ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält - heute mehr denn je.

Kultur macht hellhörig und hellichtig. Sie sensibilisiert für die Belange unserer Mitmenschen. Ohne kulturelle Kompetenz lassen sich Probleme heute nicht lösen, jedenfalls nicht langfristig.

(Zustimmung der Abgeordneten Keller [CDU])

"Kulturausgaben sind Pflichtaufgaben", heißt es im Grundsatzprogramm der Landesregierung - schönes, leeres Lippenbekenntnis!

(Beifall bei der CDU)

Bescheidene 5 Millionen DM für die Kultur hatte meine Fraktion für den Haushalt 1993 gefordert, für die Musikschulen - -

(Minister Schwier: Mehr, oder?)

- Nein, nein, Herr Schwier. Das war genau das. Da müssen Sie schon zuhören! - Gefordert für die Musikschulen, die Laienkultur, die freien Theater und die kirchlichen Büchereien; aber nicht einmal die fanden die Zustimmung der Mehrheits- und Machtfraktion.

Doch selbst wenn man für die humanitäre Dimension von Kultur taub und blind ist, so sollte man hinsichtlich der ökonomischen Realität zumindest klar sehen können. Kultursubventionen, meine Damen und Herren, sind Investitionen. Das gilt selbst noch für ihre fragilsten und anfälligsten Bereiche, die freien Theater.

Von der Tonträgerindustrie hat man das längst gewußt. Jetzt ist dies auch für den Theatersektor nachzulesen. Dem Wirtschaftsminister sei gedankt. Er hat den Bericht "Kultur als Wirtschaftsfaktor" in Auftrag gegeben.

Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, zum Beispiel in Köln. Im Jahre 1991 erwirtschafteten die privaten und freien Theater bis zum August einen Umsatz von 13 Millionen DM, boten 200 Arbeitsplätze und zogen mit über 450 000 Zuschauern schon mehr Publikum an als die Städtischen Bühnen. Sie zahlen 2,6 Millionen DM an Abgaben und Steuern an die öffentlichen

(D)

(A) (Dr. Möhrmann [CDU])

Kassen und weitere 2,6 Millionen DM an Künstlerhonoraren. Demgegenüber stehen Zuschüsse in Höhe von 1,6 Millionen DM aus öffentlichen Mitteln.

Doch derlei Erkenntnisse verpuffen ins Leere. Taub, blind und unberührt hinsichtlich solcher Fakten schmettert die SPD unseren diesbezüglichen Antrag ab - wie alle anderen auch, wie überall sonst in den Ausschüssen ebenso. Ich will das hier im einzelnen nicht mehr darlegen, meine Damen und Herren; die Argumente sind ausgeleiert bis zum Überdruß. Sie kennen die alljährliche Farce: Der Antrag ist abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt - eigentlich wollte ich meine Rede nur mit diesem einzigen Satz führen: Ist abgelehnt, ist abgelehnt. Das Fallbeil der Macht funktioniert reibungslos.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das ist Demokratie!)

Wir alle wissen das, sind aber nicht mehr besonders überrascht, nicht mehr sonderlich frustriert. Das Unerträgliche aber, meine Damen und Herren, daran ist, daß wir dies nicht ändern, daß wir dieses Spiel immer weiterspielen,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Nur die Wählerinnen und Wähler können das ändern!)

(B)

dieses aufwendige zeitverschwendende enervierende, völlig nutzlose und dazu so kostenaufwendige Prozedere alle Jahre wieder praktizieren.

Nicht daß unsere Anträge abgelehnt wurden, beklage ich. Das ist Demokratie. Davon war auszugehen. Ich beklage, daß unsere gemeinsamen Anstrengungen, mittels einer Parlamentsreform diese zeit- und kostenaufwendigen Sinnlosigkeiten abzuschaffen, gescheitert sind, und zwar an der SPD.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Das war nicht Ziel der Reform! - Beifall bei der CDU)

Dies laste ich der Machtfraktion an, daß sie alles blockiert, abblockt, als Blockpartei fungiert.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Nein, das sollten Sie besser nicht sagen! - Weitere lebhaftige Zurufe von der SPD)

(C)

Die Demokratie lebt durch das Argument, auch durch das der Andersdenkenden. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ihre Freunde aus der DDR sind Blockpartei. So etwas ist nicht die SPD!)

- Im übrigen, Herr Dammeyer, sage ich als Abgeordnete das, was ich für richtig halte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Halten Sie wirklich "Blockpartei" für richtig? Blockpartei war auch die CDU in der DDR.)

Wer sich dem Argument nicht stellt und über Machtpotentiale nicht reden will, verhöhnt unsere Demokratie.

Wir, die vereinten Oppositionsparteien, werden uns nicht davon abhalten lassen, dennoch weiter an der parlamentarischen Reform zu arbeiten. Wir haben nur das Argument zur Konfliktlösung. Das sollten wir nutzen - angesichts der zunehmenden Gewalttätigkeit mehr denn je. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Professor Möhrmann. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Gerritz das Wort.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Möhrmann, da ich ein wenig die Geschichte Ihres parlamentarischen Lebens kenne, habe ich ein gewisses Verständnis dafür, daß Sie nicht präzise wissen, was Blockpartei ist.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde wäre mein Vorschlag: Sie fragen bei Ihren christdemokratischen Kolleginnen und Kollegen

(A) (Dr. Gerritz [SPD])

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Bei Herrn Dr. Klose!)

präzise nach, und dann wissen Sie, daß der Vorwurf Blockpartei in Richtung SPD schon gar nicht zu richten ist. Schon strukturell ist das eine merkwürdige Formulierung.

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: Keinen Oberlehrerton im Parlament! Wir sind nicht in der Schule!)

Zweitens, Frau Kollegin Möhrmann: Ich hatte geglaubt, uns bliebe in diesem Jahr Ihr Vorwurf erspart, die SPD-Fraktion lasse bei der Abstimmung die von Ihnen üblicherweise so genannte Guillotine fallen, Sie würden auf dieses Argument endlich verzichten.

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: Haben Sie denn einen Antrag zugestimmt?)

- Hören Sie zu! - Um dies zu verhindern, hat die SPD-Fraktion als einzige im Kulturausschuß, lange bevor unsere Anträge formuliert, geschweige denn von der Fraktion akzeptiert worden sind, mit einer ziemlichen Präzision Hinweise gegeben, in welche Richtung wir denken, in welche Richtung wir Anträge zu stellen beabsichtigen. Die Reaktion seitens der CDU war gleich Null.

(B)

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Nun will ich Sie fragen, Frau Prof. Möhrmann - es gibt eine ganze Reihe Mitglieder in diesem Raum, die das bestätigen können, Ihr gesamter Fraktionsvorstand beispielsweise -: Wissen Sie, wann ich, der Sprecher der Mehrheitsfraktion, Ihre Anträge bekommen habe? Um 14.00 Uhr begann die Sitzung - um 13.56 Uhr. Ich hatte nicht einmal die Chance, Ihre Anträge zu lesen, geschweige denn sie mit meinen Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Präsidentin Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Möhrmann?

(Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD]: Ja bitte!)

(C)

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Herr Kollege, wir wollen das Farce-Spielen nicht weiter betreiben. Zu dem letzten Vorwurf möchte ich Ihnen nur sagen: Sie kannten unsere Anträge. Wir haben sie Ihnen angekündigt. Sie wußten auch ganz genau - auch darüber wurde gesprochen -, daß wir die kirchlichen Büchereien, die Musikschulen seit zweieinhalb Jahren fördern wollen. Also bitte, lieber Herr Kollege!

Präsidentin Friebe: Eine Frage haben Sie auch?

(Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU]: Das mußte ich eben loswerden!)

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Nicht einen einzigen Antrag, Frau Kollegin Möhrmann, kannten wir. Wir kannten Ihre Anträge aus dem vergangenen Jahr.

Meine Damen und Herren, trotz dieser Auseinandersetzung zu Beginn meiner Bemerkungen scheint mir bei den diesjährigen Haushaltsberatungen viererlei bemerkenswert zu sein.

Zuerst einmal hat für mich der vor wenigen Tagen in Kraft getretene Staatsvertrag der Landesregierung mit den Repräsentanten der Juden in NRW Vorrang,

(D)

(Beifall bei der SPD)

auch die Absicht, die die Regierung hat, für 1995 3,5 Millionen DM in den Haushalt des Landes einzusetzen. Ich begrüße diese Absicht und bitte die Landesregierung, darüber nachzudenken, ob nicht die Möglichkeit besteht, bereits für den Haushalt 1994 gewisse Mittel einzusetzen.

Die GRÜNEN haben einen Antrag gestellt, den wir nicht haben unterschreiben können. Dennoch ist an dem Antrag etwas sinnvoll, nämlich daß mit ihm auf das Problem zu klein gewordener Synagogen anhand des Sachverhaltes Bochum, Herne, Recklinghausen aufmerksam gemacht wird. Das ist nicht der einzige uns bekannte Sachverhalt. Das Problem ist zu lösen. Die Lösung ist in die Wege geleitet. Wir halten das für eine ganz wichtige Entscheidung der Landesregierung, die durchaus in unsere politische Situation paßt.

(A) (Dr. Gerritz [SPD])

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite Bemerkung! Der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen für die Kulturstiftung der Länder belief sich auf 3 Millionen DM. Die Kulturstiftung der Länder hat mit Unterstützung der Ministerpräsidenten von vornherein Wert darauf gelegt, daß die fünf neuen Bundesländer in die Arbeit der Kulturstiftung einbezogen werden. Nur: Die alten Länder waren sich darüber im klaren, daß in den nächsten Jahren die neuen Länder ihren anteiligen Beitrag nicht werden zahlen können. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung ihren Anteil für 1993 um 634 000 DM erhöht. Ich bin dankbar, daß alle vier im Kulturausschuß vertretenen Fraktionen diese Entscheidung der Landesregierung ohne große Diskussion akzeptiert haben.

Dritte Bemerkung! Soweit ich weiß, ist der Kulturhaushalt für das Jahr 1993 der einzige Einzelhaushalt, der keine Kürzung erfährt, sondern Erhöhungen, wenn auch in Anbetracht der finanziellen Gesamtsituation in einem Maße, das man durchaus als mäßig bezeichnen kann. Aber immerhin!

Für die Landesbibliotheken - ein von uns allgemein diskutiertes Thema - sind zusätzlich 580 000 DM eingesetzt worden.

(B)

Das Beuys-Institut Moyland gerät in seine endgültige Phase. Deshalb waren 150 000 DM mehr notwendig.

Für die Musikpflege im Lande Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung 600 000 DM zusätzlich eingesetzt.

Wir alle sind der Meinung, daß das Kinder- und Jugendtheater und eigentlich auch das freie Theater einer höheren Unterstützung bedürfen. Die Landesregierung hat schon einmal 245 000 DM zusätzlich eingesetzt.

Der Fraktion ist eine Erhöhung nicht gelungen. Ihr war auferlegt worden, für ihr notwendig erscheinende Anträge Umschichtungen vorzunehmen. Diese sind erfolgt.

Wir haben Anträge zur Landesmusikakademie in Heek gestellt. Wir wissen, daß die Landesmusikaka-

(C)

demie, die größte ihrer Art in dieser Republik, unter einer Überlast wie sonst nur die Hochschulen leidet. Wir waren der Meinung, daß dieses Personalproblem mit 90 000 DM zusätzlich gelöst werden kann.

Für die Laienmusik - sprich: die Laienchöre -, die einen großen Bedarf haben, haben wir 95 000 DM eingesetzt.

Alle Fraktionen mit Ausnahme der F.D.P. haben Anträge zur Musikschulproblematik gestellt. Für die Musikschulen stellen wir 300 000 DM mehr ein. Diese 300 000 DM sind vom Landesmusikrat in einer gemeinsamen Sitzung in Heek gefordert worden; dem sind wir nachgekommen.

Der Dissens zwischen der SPD-Fraktion und zumindest der CDU-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN besteht darin, daß wir erklären: Die Musikschulen sind primär kommunale Aufgaben, und die Landesaufgaben für den Bereich Musik sind anderer Art. Wir lehnen ein Gießkannensystem für die Musikschulen ab. Das heißt, die in den Etat zusätzlich eingebrachten 300 000 DM sind auch nach ganz bestimmten Programmen ganz bestimmten Musikschulen vorbehalten.

Weiterhin waren wir der Meinung, daß den Erdbebenopfern in Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen, geholfen werden muß. Dazu stehen nun 1993 2 Millionen DM zur Verfügung.

(D)

Und für die freien Theater - die Differenzierung zwischen freien Theatern und Privattheatern haben wir nicht mehr nötig - stehen zusätzlich 200 000 DM zur Verfügung.

Eine dritte Bemerkung: Frau Kollegin Möhrmann, ich gehe trotz der Auseinandersetzung vorhin darauf ein. Die Auseinandersetzung im Kulturausschuß vollzieht sich selbst während der Haushaltsberatungen außerordentlich konstruktiv und fair. Im übrigen gibt es viele Übereinstimmungen. Die Diskrepanz im Bereich der Musikschulen habe ich eben genannt. Keine Diskrepanz gibt es beispielsweise bei den freien Theatern, bei der Laienmusik usw. Die Diskrepanz besteht darin, daß Sie ganz andere Größenordnungen fordern als wir. In der Tat, Herr Kultusminister, die Summierung der CDU-Anträge beläuft sich auf 5 Millionen

(A) (Dr. Gerritz [SPD])

DM. Und dann hat sich die CDU die Mühe gemacht, einmal herauszubekommen, in welcher Weise man Umschichtungen vornehmen kann. Sie ist auf 730 000 DM gekommen und hat beispielsweise für die Reisekostenvergütung für Dienstreisen von 12 000 DM 2 000 DM weggenommen. Sie hat die 10 000 DM für die Edition der Kabinettsprotokolle weggenommen, die Landesbibliographie reduziert usw. In dieser Größenordnung hat die CDU-Fraktion zu summieren versucht und ist dann in der Tat an Deckungsvorschlägen auf 741 000 DM gekommen. Ich halte diese Liste für eine Fleißarbeit sondergleichen, aber für ein völlig untaugliches Unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die GRÜNEN haben eine Reihe von Anträgen gestellt. Ich habe diese Anträge summiert und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß die GRÜNEN - im Grunde ohne Deckungsvorschläge zu machen - auf 11 Millionen DM kommen. Vieles von dem, was Sie fordern, wird von uns akzeptiert, Frau Kollegin Schumann, natürlich nicht in der Höhe. Eigentlich, das habe ich Ihnen schon im Ausschuß gesagt, fehlt der 14. Antrag. Und der müßte eigentlich lauten: "Anschaffung einer Gelddruckmaschine für das Kultusministerium."

(B)

(Heiterkeit)

Dann wäre man in der Lage, Ihren Vorstellungen gerecht zu werden. Da das aber aus fiskalischen Gründen nicht geht, mußten wir in der Tat Ihre Anträge, die wir allerdings auch in meinem Arbeitskreis nicht haben diskutieren können, ablehnen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: In der Zwischenzeit hatten Sie ja genügend Zeit dazu!
- Abgeordneter Hegemann [CDU]: Es ist doch egal, wann die Anträge kommen!)

- Inzwischen hatten wir genügend Zeit. Aber nun hatte die SPD-Fraktion ihre zweitägige Klausur abgeschlossen. Und wir führen wegen zu spät gekommener Anträge der GRÜNEN und der CDU nicht erneute Finanzdiskussionen in der SPD-Fraktion. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Dr. Gerritz. Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dorn.

Abgeordneter Dorn* (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kollegin Möhrmann hat gesagt: "Die Kultur ist der Kitt, der eine menschliche Gesellschaft zusammenhält." T.S. Elliot hat das etwas anders formuliert. Er hat gesagt: "Kultur ist die Gesamtform, in der ein Mensch lebt, von der Geburt bis zum Grabe, vom Morgen bis in die Nacht und selbst im Schlaf".

(Zuruf: Ein Poet!)

- T.S. Elliot war natürlich ein Poet. Das ist richtig.

Dann möchte ich doch eines bestätigen, was Sie hier vorgetragen haben und wo der Minister, glaube ich, in der Sache etwas daneben liegt. Sie haben, an seine Adresse gerichtet, gesagt, daß die CDU Erhöhungsanträge um rund 5 Millionen DM gestellt hatte. Und der Kollege Dr. Gerritz hat dies ja auch noch mal aufgegriffen und auch festgestellt, genau wie ich, daß die Deckung - wenn man das überhaupt als Deckung ansehen kann - nur für 0,7 Millionen DM vorhanden war.

(D)

Meine Damen und Herren, die Zuständigkeit im Kulturbereich ist ja zu einem großen Teil, vor allen Dingen was die öffentliche Wirksamkeit angeht, leider in die Staatskanzlei abgewandert. Und manchmal hat man den Eindruck, wenn man Presseberichte über kulturelle gute Leistungen in- und außerhalb unseres Landes liest, daß Herr Clement Kultusminister dieser Regierung sei.

Unser Konzept für die andere Kulturpolitik, die, in die Zukunft gerichtet, anders aussehen sollte, wollten wir im Herbst vorlegen. Aber meine Kolleginnen und Kollegen haben darauf hingewiesen, daß es sinnvoll sei, das erst im Frühjahr zu tun, weil wir während der Haushaltsberatungen ein so wichtiges Thema nicht richtig wirksam diskutieren können.

Die Anträge der Fraktion waren so, wie sie Herr Dr. Gerritz vorgetragen hat: Die GRÜNEN 11,3 Millionen DM Mehrausgaben, Deckungsvorschlag - wenn

(A) (Dorn [F.D.P.]

überhaupt - 1,7 Millionen DM, die SPD hatte Deckungsvorschläge für die 3,4 Millionen DM Mehrausgaben in voller Höhe vorgelegt. Wir hatten 110 000 DM Mehrausgaben beantragt und einen Deckungsvorschlag über 100 000 DM vorgelegt. Wir wollten mit diesen 100 000 DM Einrichtungskosten für die Lippische Landesbibliothek in Detmold leisten; denn wir sehen nicht ein, daß ein Bauwerk, das in diesem Jahr fertig ist, nicht eingerichtet werden kann, weil die Einrichtungskosten nicht zur Verfügung stehen. Die Mehrheitsfraktion hat das abgelehnt.

Unser Deckungsvorschlag, Herr Dr. Gerritz, das wissen Sie ja auch, war sehr genau geprüft. In der Sitzung des Kulturausschusses am 7. Oktober hat die Landesregierung in der Beratung erklärt, der Beitrag für das Filmfestival in Köln mache 300 000 DM aus und die Landesregierung wolle nicht noch größer einsteigen. Im Haushaltsplan sind jetzt für dieses Filmfestival 100 000 DM mehr vorgesehen. Und genau diese 100 000 DM hielten wir für sinnvoller ausgegeben, wenn man die Lippische Landesbibliothek damit einrichten würde.

Ich will nur zu wenigen Punkten der Beratung im Ausschuß etwas sagen, vor allem zu dem Verhalten der F.D.P. zu den Änderungsanträgen der anderen Fraktionen.

(B)

Wir haben der Erhöhung den Zuweisungen an die Gemeinden für die Musikschulen um 300 000 DM zugestimmt, obwohl wir keinen Antrag eingereicht hatten, weil nämlich der Kulturausschuß unseres Landesverbandes das genauso sieht, wie es bisher auch von der Landesregierung vorgetragen worden ist: daß es primär eine Aufgabe der Gemeinden ist, die hier gelöst werden muß.

Für die Förderung literarischer Zwecke haben wir ebenfalls zugestimmt, den Betrag um 85 000 DM zu erhöhen. Dasselbe gilt für die Erhöhung des Ansatzes für das Theaterwesen um 200 000 DM.

Ich möchte besonders betonen, daß die Erhöhung des Anteils des Landes an der Kulturstiftung der Länder um 634 000 DM voll unsere politische Unterstützung findet. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat in Dresden beschlossen, jeweils für 1993 und 1994 die Mittel für die Kulturstiftung der Länder um 2,5 Millio-

(C)

nen DM zu erhöhen. Der Bund hat ebenfalls eine enorme Erhöhung, nämlich von 10 auf 15,7 Millionen DM, durchgeführt. Wir halten das auch für ganz besonders wichtig, denn jemand wie ich, der in den neuen Ländern oft wegen kulturpolitischer Anliegen unterwegs ist, muß feststellen, wie unerhört schwierig es ist, dort kulturpolitische Initiativen entsprechend zu unterstützen.

Ein Wort, Herr Minister, steht noch zu den Ruhrfestspielen in Recklinghausen aus. Der Landesanteil beträgt 2,8 Millionen DM. Ich hatte in der Kulturausschußsitzung gefragt, ob die Landesregierung uns sagen kann, wie hoch der Einnahmeausfall ist, der durch den Streik der IG Medien entstanden war, und ob das Land diesen Betrag zahlen muß oder eine andere Stelle nunmehr diesen Einnahmeausfall tragen wird. Ein sachverständiger Kollege hat gesagt, es gäbe einen Einnahmeausfall, aber die Höhe sei noch nicht klar erkennbar. Wir wären dankbar, wenn uns das möglichst bald mitgeteilt werden könnte.

Ein letztes Thema möchte ich noch ansprechen. Es betrifft die Beratung über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Wir haben für 1992 im Kulturausschuß und auch in diesem Hause einstimmig einen Antrag der F.D.P.-Fraktion beschlossen, die Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz weiterhin zu unterstützen. Meine Frage ist: Was hat die Landesregierung, Herr Minister, inzwischen getan? Hat sie mit dem Bund und den anderen Ländern verhandelt? Wie sieht die Konzeption für die Zukunft aus? Diese wichtigen Fragen hätten wir ganz gerne im ersten Vierteljahr des nächsten Jahres beantwortet.

(D)

Zum Schluß möchte ich, meine Damen und Herren, ein deutliches Wort des Dankes sagen an die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen im Kulturausschuß für die angenehme, wenn auch oft unterschiedliche Debatte im Ausschuß. Dies hat dazu geführt, daß wir mehr miteinander als übereinander reden, was in der Politik unendlich wichtig ist.

Herr Minister, ich bitte Sie auch, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Kultur in Ihrem Hause für die stets bereitwillige und ständige Information auf Fragen, die wir an Ihr Haus gehabt haben, den Dank meiner Fraktion zu übermitteln. - Ich be-

(A) (Dorn [F.D.P.]

danke mich.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Dorn. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Schumann das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Finanzminister weg, jetzt sitzt der Kulturminister hier alleine. Ich muß sagen, es stimmt, es ist etwas daran: Sobald es um Kultur geht, haben alle mehr Spaß. Da hat auch der Kulturminister, glaube ich, ein bißchen mehr Spaß.

(Minister Schwier: Woran kann das liegen?)

- Woran kann das wohl liegen, ja? Da ist vielleicht auch der Finanzminister irgendwie anders geartet.

(Widerspruch des Ministers Schwier - Heiterkeit - Zurufe)

(B)

Es gibt ja Leute, die sagen: Kultur ist zur Förderung der Wirtschaft enorm wichtig. Diese Erkenntnis hat sich ja wohl bei vielen Wirtschaftsförderern inzwischen herumgesprochen. Es ist zwar richtig, daß sie sich herumgesprochen hat; aber dies wird dann nicht in der richtigen Weise gehandhabt.

Ich möchte eigentlich noch einmal mit der Frage beginnen: Wofür ist Kultur eigentlich da? Was für eine Bedeutung hat sie? Für uns sind Kunst und Kultur sicherlich kein Schmiermittel für eine bessere Durchsetzung rücksichtsloser, gewissenloser Modernisierungsstrategien. Dafür wollen wir sie nicht mißbrauchen. Andere dekorieren sich mit Kunst und Kultur, kaufen sie ein wie irgendein anderes Gut.

Die GRÜNEN sagen: Die Unabhängigkeit von Kunst und Kultur ist uns wichtig. Wenn wir uns aber zur Funktionsbestimmung von Kunst und Kultur äußern sollen - wir sähen Kunst und Kultur lieber auf der Seite derer, die für Menschenrechte in einer besseren und gerechteren Welt streiten. Das muß ich allerdings unumwunden sagen.

(C)

"Arsch hoch und Zäng ussenander und komm ausse Pötte", wie es gestern in Essen bei einer großen, tollen Kundgebung hieß - das ist ein Beispiel für Kultur von unten gegen rechts unten und rechts oben. Diese Kultur macht Mut, diese Kultur gibt vielen Menschen sehr viel Kraft - das weiß ich -, und sie zeigt auch, wer eigentlich die Mehrheit in diesem Lande ist. Diese Kultur muß gestützt werden. Kultur im besten Sinne ist zur Zeit die Kultur auf der Straße.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Die gehen aus eigenen Impulsen!)

Ich empfehle Ihnen, wenn Sie in Köln oder in Essen noch nicht dabei waren, vielleicht nach Bochum zu gehen. Dort wird auch nächste Woche Montag eine Kundgebung sein, auf der Künstler aus der Region auftreten und die Gemeinsamkeit der Demokraten erlebbar machen, anders als das hier z. B. bei Reden im Parlament wahrnehmbar und erlebbar wird.

Wenn es so ist, daß diese Kultur von unten ganz wichtig ist, dann ist es ärgerlich zu sehen, wieviel Geld immer noch für Kultur- und Medienrummel für "da oben" ausgegeben wird. Das sind Investitionen in Ereigniskultur, in der sich relativ wenige selbst feiern. Das halten wir für verfehlt.

(Zuruf von der SPD: Beispiele!)

Dazu zählen wir das Medienforum NRW, das mit 1 Millionen DM ziemlich viel Geld verschlingt. Es ist in der Staatskanzlei etatisiert, so daß die Kulturleute überhaupt keinen Einfluß darauf haben. Es ist sowohl dem Aufgabenbereich des Kultusministers als auch des Kulturausschusses entzogen.

Dazu gehören auch Kulturpräsentationen à la Leipzig und, wie ich vermute - wir werden uns das in Portugal ja angucken -, so mancher internationaler Kulturaustausch. Ich rede hier nicht gegen Kulturaustausch. Das wäre das letzte. Ich rede für ein anderes Konzept.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Aber gegen die Kultur!)

Beispiel: Die Tournee des Roma-Theaters Pralipe in den neuen deutschen Bundesländern, von Hoyers-

(D)

(A) (Schumann [GRÜNE])

werda bis Rostock, wurde von der Landesregierung finanziert. Das ist gut so. Roberto Ciulli hat sich dabei auf ein Wagnis eingelassen und sich bzw. diese Roma-Theaterleute dem Rassismus in den neuen Bundesländern ausgesetzt. Sie haben dort im Theater selber, in Angeboten und Diskussionsrunden gezeigt, wie man den Vorurteilen begegnen muß.

Anstelle der Kulturpräsentation Leipzigs in Köln wäre es sinnvoller - das haben wir auch bei den Haushaltsberatungen vorgeschlagen -, kleinere Kulturprojekte aus den neuen Bundesländern, die geeignet sind, einen Einblick in die gesellschaftliche Lage und die Befindlichkeit der Menschen zu geben, durch Nordrhein-Westfalen reisen zu lassen. Die Betonung liegt dabei mehr auf Begegnung, Dialog, Einblick und Einsicht. Das sind die leisen Dinge, die gefordert sind, nicht die Großveranstaltungen.

Wir haben noch ein Negativbeispiel aus dem letzten Jahr, zu dem wir sagen, daß das Effekthascherei und kulturell wenig ertragreich war: Das sind die - wie ich es wahrgenommen habe - unter dem Stichwort "Columbus-Jahr" geförderten Veranstaltungen im Jahre 1992. Nach Angaben des Kultusministeriums wurden immerhin 3 Millionen DM in Projekte gesteckt, die - das habe ich nachgefragt - unter dem Motto "Entdeckung" irgend etwas abgefeiert haben.

(B)

Wir hätten es für richtiger gehalten, das Thema für die Vermittlung der kulturellen Vernichtung, Enteignung und Ausbeutung der sogenannten Entwicklungsländer durch die europäischen Länder bis heute zu verwenden. Wir haben vorgeschlagen, daß das - wenn es schon nicht 1992 war - für 1993 nachgeholt wird. Dieses Jahr eignet sich auch dafür. Anknüpfungspunkt ist die Tatsache, daß die Vereinten Nationen das Jahr 1993 zum Jahr der Ureinwohner machen werden. Dazu können wir uns vorstellen, in Verbindung von Kulturgruppen, Kulturinstitutionen, Dritte-Welt-Einrichtungen und Künstlern mit Schulen Projekte entstehen zu lassen, die die Situation von Menschen in den Entwicklungsländern nachvollziehbar machen.

Jugendliche suchen Erlebnisse in einem immer anregerärmeren Umfeld. Das stellen wir heute fest. Dabei greifen sie letztlich auf die kommerziellen Reize zurück. Ich frage mich: Warum geben

(C)

wir ihnen nicht wirklich etwas zu essen? Warum geben wir ihnen nicht anregende Inhalte und Angebote, um ihre kulturell begrenzten Erfahrungen - dieser Eindruck entsteht, wenn man viele junge Leute heute hört - zu erweitern? Warum geben wir ihnen nicht die Möglichkeit, Neuland zu entdecken - nicht als Eroberer, sondern als Menschen, die Respekt vor der Andersartigkeit anderer Kulturen haben und sie erhalten wollen?

Jugendkulturarbeit ist eigentlich das Stichwort, für das ich mich, nachdem ich mich im Schulbereich für die qualitative Verbesserung der Schulen eingesetzt habe, auch im Kulturbereich einsetzen möchte. Jugendkulturarbeit fördert kreative Eigenständigkeit, Eigenaktivität und macht die Jugendlichen tatsächlich weniger anfällig für Konfliktlösungsmuster, die Gewalt generieren.

Ästhetische Bildung eröffnet zusätzliche Erfahrungen und Erkenntnisse sowie Möglichkeiten, sich auch in problematischen Situationen zu artikulieren. Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht auf ästhetische Bildung als Teil einer ganzheitlichen Bildung. Deshalb finden wir es mehr als bedauerlich, feststellen zu müssen, daß die Landesregierung den ästhetischen Bildungsauftrag in den Schulen und außerhalb der Schulen in der Jugendarbeit zu sehr vernachlässigt.

(D)

An diesem Punkt unterscheiden wir uns von Ihnen, Herr Dr. Gerritz, weil Sie sagen: Jugendmusikschulen sind eine Aufgabe der Kommunen! - Wir sagen: Das ist ein Element, ein wichtiger Baustein in der ästhetischen Bildung, und dafür ist das Land zuständig.

Mich stört sehr, feststellen zu müssen, daß bei Ihnen die Bereitschaft besteht, dem Sport einen hohen Verfassungsrang zu gewähren, demgegenüber aber ästhetische Bildung so gering zu achten.

(Abgeordneter Rohe [SPD]: Der Sport hat doch Verfassungsrang! - Kultusminister Schwier: Die Kultur steht doch schon in der Verfassung!)

- Daß sie dort steht, das weiß ich auch. Es stehen dort auch die politische Bildung und manches andere. Dann sollte man das erst einmal als Auftrag erfüllen, bevor man sich zusätzliche Aufgaben auf die Schul-

(A) (Schumann [GRÜNE])

tern läßt, hinterher nur auf dem Papier stehenläßt, aber nicht weiter umsetzt.

Wir denken, daß es neben den Jugendmusikschulen viele andere Einrichtungen gibt, die stärkere Beachtung finden müssen, weil sie Jugendkulturarbeit leisten. Das sind soziokulturelle Zentren und auch die Jugendkunstschulen. Bei der Anhörung haben wir gehört, daß dieser ganze Bereich wirklich Strukturhilfe braucht. Dazu haben wir einen Antrag gestellt, der außerhalb der Haushaltsberatungen Anfang nächsten Jahres behandelt werden muß und wird.

Wir denken, daß es Kooperationen zwischen Ganztagschule und ganztägigen Angeboten und Jugendkultur geben muß. Ich erwarte hier dringend einen Jugendkulturbericht, der uns beschreibt, welche Angebote es in diesem Bereich gibt, wer die Adressaten diese Angebote sind und wer die Träger und welche Förderung dafür in Frage kommt. Dann können wir vielleicht noch gezielter, als uns das mit zwei oder drei Anträgen möglich war, über die Situation der Jugendkulturarbeit sprechen und konzeptionelle sowie strukturelle Verbesserungen vornehmen. Ich finde, das ist ein weites Feld. Aber wir müssen es anpacken.

(B)

Soziokultur - um das Stichwort noch einmal aufzugreifen - ist als Wirtschaftszweig entdeckt worden, siehe Kulturwirtschaftsbericht. Aber wo bleiben die Konsequenzen? Für den Haushalt 1993 sind sie nicht gezogen worden. Wir werden darüber wirklich diskutieren müssen; denn die Soziokultur ist kein reines Zuschußgeschäft, wie das vielleicht so gern geglaubt wird. Sie erwirtschaftet Geld, das in Steuern abfließt, und das muß dann bei den Haushaltsberatungen auch einmal stärker Berücksichtigung finden.

Im übrigen ist natürlich noch einmal zu sagen, daß ihre Nützlichkeit gar nicht in Zahlen zu messen ist. Wie ich eingangs ja sagte: Kultur von unten wird geschaffen. Und sie ist wichtig für die Förderung kommunikativer, kultureller und sozialer Zusammenhänge in unserer Gesellschaft in den Stadtteilen. Ich möchte das nicht in Geld messen, was das eigentlich ausmacht, und was es ausmacht, wenn das alles fehlt oder dafür zu wenig getan wird.

Die Förderung von Kultur und Kunst von Frauen bleibt weiterhin unser Anliegen. Wir bedauern, daß es

nur zu einer Erhöhung der Sachmittel für das Frauenkulturbüro in Krefeld gekommen ist. Wir hoffen aber sehr darauf, daß im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der SPD eine Diskussion geführt wird, die zeigt, daß wir Frauenkultur nicht nur mit einem Büro und einer Stelle ausstatten können, daß dazu mehr als nur Beratung gehört, nämlich auch Weiterbildungsangebote für Künstlerinnen vor allen Dingen und eben auch Geld, damit Frauen Kultur und Kunst umsetzen können.

Die Entwicklung der kommunalen Theater steht und fällt in den nächsten Jahren mit der Finanzierbarkeit. Theaterstruktur zu reformieren, steht an. Deshalb finden wir den Vorschlag der IG Medien gut, das in einer Arbeitsgruppe zu erledigen, die sich nicht nur aus Fraktionen des Landtags zusammensetzt, sondern auch aus den Sachkundigen und auch Vertretern IG Medien, das heißt eigentlich: aus allen, die es angeht. Und es darf nicht sein, daß durch das finanzielle Engagement des Landes für die kommunalen Theater die Förderung der Freien zurückstehen muß. Deshalb haben wir GRÜNEN gesagt: 2 Millionen Erhöhung für die Freien Theater.

Ich habe noch zwei Minuten; stimmt das? - Dann muß ich mich jetzt ein bißchen sputen, also schneller reden.

Die Filmförderung! Es gibt einen Bereich, der ziemlich deutlich vor unseren Augen wächst. Das ist die Filmstiftung. Das finden wir nicht in Ordnung. Gemeint ist der kommerzielle Teil der Filmstiftung, wohlgemerkt, nicht der künstlerische. Wir finden es immer wieder wichtig zu sagen: Das gehört in eine Hand, weil nur dann diese Schere zwischen künstlerisch einerseits und kommerziell andererseits nicht so weit auseinandergeht.

Ich finde es wichtig, daß die Filmstiftung sich nicht nur als Wirtschaftszweig versteht, sondern auch die Pflege filmästhetischer Gesichtspunkte verfolgt, damit die Sehgewohnheiten des breiten Publikums nicht noch weiter nach unten gehen, sondern auf ein höheres Anspruchsniveau gehoben werden.

Angesichts der - so sage ich einmal - marktgängigen Filme und ihrer Chancen, heute in Multiplex-Kinos massenhaft vermarktet zu werden, ist ganz gezielt

(C)**(D)**

(A) (Schumann [GRÜNE])

künstlerische Filmförderung wichtig. Wir dürfen es nicht weiter sehenden Auges zulassen, wie das auseinanderdreibt.

Ich komme zu dem letzten Punkt, zu unserem Antrag, den wir so wichtig nehmen, daß wir an dieser Stelle der SPD mit ganz konkreten Deckungsvorschlägen entgegengekommen sind. Im übrigen wissen Sie ja auch, daß wir politisch einen Haushalt formuliert haben, der es nicht nötig macht, Klein-klein-Deckungsvorschläge zu unterbreiten, weil wir einerseits ganz konkrete Entlastungen des Haushalts durch Kürzungen in wichtigen Bereichen vorgeschlagen und andererseits Einnahmequellen für Sie aufgetan haben, die Sie nicht nutzen wollen. Das ist unser politisches Konzept; davon lassen wir nicht ab.

In diesem Falle aber haben wir gesagt: Der Synagogenbau hier in Nordrhein-Westfalen ist als ein Zeichen an unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in dieser erschreckend von Antisemitismus geprägten Zeit wichtig. Wir möchten, daß der begrüßenswerte Vertrag zwischen Land und den jüdischen Gemeinden sehr konkret und sehr bald umgesetzt wird, und zwar beginnend mit einem Projekt mit der Jüdischen Gemeinde Recklinghausen, Herne und Bochum, weil diese Gemeinde dringend - ich möchte

(B)

das hier nicht in Einzelheiten vorführen - einen Anbau braucht.

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin Schumann, ich muß Sie erinnern: Ihre Redezeit ist zu Ende. Wenn jetzt alle so wie Sie überziehen würden, würden wir heute nicht mehr fertig. Wir sind sowieso schon bei 23.58 Uhr. Darf ich Sie bitten!

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Ich bin auch fertig. - Ich habe die Dringlichkeit im Ausschuß angesprochen; ich wiederhole das hier. Herr Gerritz, ich fände es schön, wenn es in diesem Haushalt und nicht erst 1994 realisiert werden könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Schwier das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde hier nicht Ausschlußberatungen vorwegnehmen oder nachholen oder wiederholen, sondern ich stelle nur zusammenfassend fest: Die Klage, daß immer dann, wenn Geld knapp wird - daß es immer knapp ist, das wissen wir, und wenn es noch knapper wird, dann merken wir es -, der Kulturhaushalt im engeren Sinne derjenige sei, der dann in Anspruch genommen wird, gilt nicht für das Land NRW.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt des Landes steigt um 3,5 Prozent, der Haushalt des Kultusministers um fast 4 Prozent. Davon ist natürlich ein wesentlicher Teil durch Personalkosten gebunden, also gar nicht disponibel.

Natürlich gehört Schule auch zur Kultur; aber der engere Kulturhaushalt, also das, was wir an Zuschüssen haben für Archive, Bibliothekswesen, Museen, Musik, bildende Kunst, Literatur, Theater, Film und Bild, das alles zusammengenommen ist immerhin mehr als zur Hälfte im rechtlichen Sinne disponibel. Dieser "Kulturhaushalt" hat in diesem Haushaltsjahr eine Größe von 196 693 500 DM und ist in dem vorliegenden Haushaltsentwurf für 1993 mit 201 818 700 DM veranschlagt. Das heißt: Er steigt um mehr als vier Millionen und bietet insofern keinem der Träger von Kultureinrichtungen, welcher Art auch immer, einen Beweis dafür, daß man da ruhig kürzen könne; das Land täte es ja auch. Darauf legen wir Wert.

(D)

Vielleicht noch ganz kurz eine Antwort zu Ihren Fragen, Herr Kollege Dorn: Die Einnahmeausfälle der Ruhrfestspiele kann ich noch nicht beziffern, aber unser Zuschuß ist ja nicht variabel. Bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz haben wir bisher nur eine Zwischenlösung mit Zustimmung Bayerns bis 1994 erreicht. Die übrigen Länder sind damit einverstanden.

Lassen Sie mich abschließend dazu sagen: Auch ich

(A) (Minister Schwier)

möchte mich herzlich für die gute Zusammenarbeit im Kulturausschuß bedanken und werde gern weitergeben, was hier dazu gesagt worden ist. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kuckart.

Abgeordneter Kuckart (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Gerritz, Sie sind ein honoriger Mann; das haben wir wiederholt erleben dürfen. Sie haben eine Rede gehalten, die uns Hoffnung macht, und zwar deshalb, weil Sie unsere Anträge mit der Begründung abgelehnt haben, daß sie zu spät eingereicht worden seien. Sie haben unsere Anträge inhaltlich nicht beanstandet. Ich gehe also davon aus, daß bei der nächsten Etatberatung unsere Anträge in weiten Bereichen inhaltlich Ihre Zustimmung finden, weil sie in der Tat auch Ihren Ausführungen im Ausschuß entsprechen. Insofern hoffen wir darauf, daß der Kulturausschuß in den letzten zwei Haushaltsberatungen zu einer guten, einvernehmlichen Lösung kommen kann.

(B)

Das Zweite, was ich Ihnen sagen möchte und was mich etwas bestürzt gemacht hat: Unsere Kürzungsliste ist nicht nur eine Fleißarbeit; wir verwalten die Steuergelder unserer Bürger. Wenn wir also mit diesen Steuergeldern - ich unterstelle, daß Sie das auch tun - ordnungsgemäß umzugehen versuchen, kann man es nicht als Fleißarbeit abtun, sondern es war eine sehr verantwortungsvolle Arbeit. Sie wissen selbst aus Ihrer Fraktion, wie schwer es ist, solche Streichungen durchzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Kuckart. - Meine Damen und Herren, zu dem Bereich "Kultur" liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe jetzt die Nummer 3 e) - Sport - auf und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klimke für

die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Klimke (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sport in unserem Lande hat in den letzten Wochen dazugewonnen. Durch den Landtagsbeschluß vom 13. November 1992 ist Sport als Staatszielbestimmung in unsere Landesverfassung aufgenommen worden. Dadurch hat der Sport endlich die gesellschaftliche Anerkennung gefunden, die er verdient hat.

(Abgeordnete Robels-Fröhlich [CDU]: Sehr richtig!)

Wir sind nicht mehr nur Bittsteller, wenn es um die Belange des Sportes geht; Sport ist nunmehr ein durch die Verfassung gestütztes Rechtsgut mit dem Auftrag - und so steht es wörtlich in der Verfassung -: "Land und Gemeinden pflegen und fördern den Sport."

Herr Kuckart hat anlässlich der Debatte im Landtag im November die lange Vorgeschichte geschildert und darauf hingewiesen, daß die CDU es gewesen ist, von der diese Initiative ausging. Das ist später ein bißchen verwässert worden; es ist letztlich auch gleichgültig. Eine parteiübergreifende Sportkoalition hat diese Verfassungsbestimmung schließlich zustande gebracht. Ich meine, sie hat damit ein gutes Beispiel dafür gegeben, daß Sachargumente siegen können.

(D)

Der guten Nachricht folgt ein bißchen Ernüchterung. Wir stehen vor dem Jahr des Ehrenamtes im Sport. Das Kultusministerium hat zusammen mit dem LSB für 1993 eine große Initiative für das Ehrenamt im Sport vorbereitet, und wir begrüßen dies sehr. Eine Ausstattung von 700 000 DM ist vorgesehen, um Veranstaltungen, Hearings, Festschriften, Workshops und ein hoffentlich schönes Sommerfest vorzubereiten und dabei auf die Bedeutung des Ehrenamtes hinzuweisen.

Der Präsident des LSB, Herr Winkels, hat erst kürzlich im "LSB-Magazin" darauf hingewiesen, daß über 350 000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in rund 20 000 Vereinen unseres Landes tätig sind. Wörtlich hat er hinzugefügt: "Müßte der Staat diese Arbeit bezahlen, würde dies 3 Milliarden DM

(A) (Dr. Klimke [CDU])

pro anno kosten." So Herr Winkels.

Die CDU, die in solchen Situationen den Blick zunächst auf die Praxis richtet, hat deshalb zum Haushaltstitel "Förderung von Übungsleitern" den Antrag gestellt,

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Machen Sie keine Werbung!)

den Betrag von 20 Millionen um 3 Millionen auf 23 Millionen DM zu erhöhen. Wir hatten 1980 schon einmal 22 Millionen DM. Die SPD hat das dann auf einen Satz von 20 Millionen DM heruntergefahren, obwohl die Zahl der Übungsleiter erheblich gestiegen ist. Sie wissen, 1980 hatten wir 45 000 Übungsleiter, 1990 60 000, inzwischen haben wir wesentlich mehr.

(Abgeordneter Büssow [SPD]: Sehen Sie!)

Ich kann nur sagen: Was nützt es den Vereinen, und was nützt es dem Sport im Jahr des Ehrenamtes, wenn es keinerlei Verbesserungen bei den Übungsleitern gibt?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Büssow [SPD])

(B)

Wir haben auch einen Deckungsvorschlag gemacht, Herr Minister, der sich, glaube ich, sehen lassen kann. In dem Kapitel 05 810 Titelgruppe 90 haben wir eine Position "Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet im Jahre 2004". Das sind 3 Millionen DM. Ich frage Sie, Herr Minister, ist dies wichtiger, als wenn man diese Mittel im Jahr des Ehrenamtes 1993 den Übungsleitern als ein Zeichen der Anerkennung für ihre Arbeit zur Verfügung stellen würde?

(Beifall bei der CDU - Minister Schwier: Und was wird 1994?)

- Dann finden wir etwas Neues.

(Minister Schwier: Aha!)

Aber wenn Sie das Jahr des Ehrenamtes so propagieren, nämlich mit einem Etat von 700 000 Mark, dann muß man auch einmal umschichten können und Mit-

(C)

tel, die ich nach wie vor für höchst fragwürdig halte - jetzt schon für die Bewerbung um die Olympischen Spiele im Ruhrgebiet im Jahr 2004 3 Millionen im Etat vorzusehen -, den Ehrenamtlichen als ein Dankeschön geben.

(Beifall bei CDU, GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Sportstättenbau. Wir wissen, daß die Mittel begrenzt sind. Wir von der CDU haben deshalb auch keinen Antrag gestellt, aber wir beklagen - ich glaube, alle gemeinschaftlich - die Misere im Sportstättenbau. Die vereinseigenen Anlagen müssen einfach saniert werden. Wir wissen, daß Gelder nur mit Mühe zur Verfügung stehen. Deswegen haben wir von der CDU gemeint, man müsse darüber nachdenken, die Städtebauförderungsmittel auch für Sportstätten zugänglich zu machen. Wir vertreten die Auffassung: Sportanlagen gehören wie Kindergarten, Schule und Krankenhaus zur Infrastruktur einer Gemeinde.

(Zustimmung bei der CDU)

Leider hat die Vertreterin des Ministeriums bei uns im Sportausschuß diese Auffassung nicht geteilt und insbesondere darauf hingewiesen, daß den Vereinen für ihre Sportstätten aus Städtebauförderungsmitteln nicht geholfen werden könne. Wir bedauern dies sehr, und ich frage: Warum diskriminiert man hier die Sportvereine, deren Arbeit der Staat ja praktisch nicht bezahlen kann?

(Zustimmung bei der CDU)

Und ich meine, und ich wiederhole: Wenn Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Sportanlagen insgesamt zur Infrastruktur einer Gemeinde gehören, warum öffnet man dann nicht diesen Titel auch für die dringende Sanierung von Sportstätten?

(Zustimmung bei der CDU)

Stiefkind Schulsport! Der Schulsport ist seit Jahren ein Stiefkind. Das Kienbaum-Gutachten hat das erneut bestätigt. Wir beklagen nicht nur die Qualität des Unterrichts. Deswegen gibt es bei uns einige Überlegungen, wie man das ändern kann. Darüber will

(D)

(A) (Dr. Klimke [CDU])

ich aber nicht sprechen.

Insbesondere beklagen wir den Ausfall der Sportstunden. Ich glaube, Herr Minister, Sie haben mit Ihrem Vorab-Erlaß, aufgrund dessen man jetzt die Spanne von 2 bis 4 Stunden pro Woche ausschöpfen kann, dem Sport nicht geholfen. Wir hatten bisher 3 Pflichtstunden. Jetzt ist das in das Ermessen der Schulleitung gelegt.

(Minister Schwier: Nein!)

- In das Ermessen der Schulleitung:

... im Fach Sport innerhalb des vorgegebenen Rahmens von 2 bis 4 Stunden pro Woche standortbezogene pädagogische Schwerpunkte zu setzen...

So steht es in Ihrem Erlaß. Ich kann nur sagen: Wenn Sie weiterhin ein Freund des Sportes bleiben wollen, dann ändern Sie den Erlaß dahin, daß der Rahmen bei 3 bis 5 Stunden liegt.

(Zustimmung bei der CDU)

(B) Dann behalten wir wenigstens die dritte Stunde. Ansonsten werden wir uns in einigen Jahren wieder sprechen und feststellen, wo dann noch mehr als zwei Sportstunden gegeben werden. Ich glaube, daß dies kein guter Beitrag für den Schulsport war.

Was wünschen wir uns für die Zukunft? Wir sollten unsere Regelflut beschränken. Wir könnten uns manchmal viel Papier, viele Formulare, viele Broschüren und viel Bürokratismus ersparen. Die Sportpolitik dieses Landes sollte darauf bedacht sein, dem Endverbraucher, nämlich dem Sportler, und seinem Verein mehr direkt zu helfen. Wir sollten uns Zurückhaltung auferlegen, dem Verein immer mehr neue Aufgaben zu empfehlen, ohne ihn in die Lage zu versetzen, diese so wahrzunehmen, daß dem sportinteressierten Bürger a) eine fachlich gute Betreuung b) in einer angemessenen Sportanlage und c) mit dem erforderlichen Ambiente geboten wird. Das muß im Vordergrund stehen. Sonst wandern die Menschen zu vereinsungebundenen Sportangeboten ab, und es gehen dem Sport diejenigen gesellschaftlichen Werte verloren, die die Geborgenheit im Verein dem Men-

(C)

schen bieten kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Klimke. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Herder das Wort.

(Zuruf - Heiterkeit)

Abgeordneter Herder (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja gut, wenn man für Sport zuständig ist; aber im Parlament laufen: ich glaube, daß das doch etwas despektierlich wäre.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich gehe ja schon schnell, aber man muß nicht unbedingt laufen.

Als erstes möchte ich dem Kollegen Dr. Klimke zu seiner Jungfernrede gratulieren. Es war seine erste Rede in diesem Hause. Von daher herzlichen Glückwunsch, Herr Dr. Klimke.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D)

Spaß beiseite! Kommen wir zum Haushalt! Die Aufnahme des Sports in die Verfassung, die wir im letzten Monat hier gemeinsam beschlossen haben, begrüße ich. Dabei will ich mich nicht darum streiten, wer Vater oder Mutter dieses Gedankens ist. Ich habe das schon bei der Einbringung des entsprechenden Antrags damals gesagt. Ich nehme für uns nicht in Anspruch, daß wir die Väter oder Mütter wären. Sie mögen sich mit dem Landessportbund darüber streiten, wer die Idee zuerst hatte. Nach meinem Empfinden war es der Landessportbund. Aber es ist unstrittig, daß die CDU als erste den Antrag in den Landtag eingebracht hat. Gemeinsam haben wir ihn dann in der endgültigen Fassung vorgelegt. Von daher freue ich mich genauso wie Sie, daß wir den Sport in der Verfassung verankert haben.

(A)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Herder, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ruppert?

(Abgeordneter Herder [SPD]: Gerne!)

- Bitte schön, Herr Kollege.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Kollege Herder, lieber Uwe, wäre es in deiner Situation, wenn du unschlüssig bist zwischen Vaterschaft und Mutterschaft, nicht günstiger, doch lieber die Vaterschaft zu wählen?

(Minister Schwier: Elternschaft!)

Abgeordneter Herder (SPD): Das ist natürlich so eine Frage. Da ich am 1. September geboren bin, bin ich genau wie du Jungfrau.

(Allgemeine Heiterkeit - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das wäre dann aber die unbefleckte Empfängnis, Herr Kollege!)

Kommen wir zum Haushalt! Die Aufnahme des Sports in die Verfassung, die wir im letzten Monat hier gemeinsam beschlossen haben, ist ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Handlungsauftrag für uns alle. Wir, der Landtag als Gesetzgeber, aber auch die Verwaltungen auf ihren verschiedenen Ebenen sind dadurch verpflichtet, für den Sport tätig zu werden. Und das ist gut so.

(B)

Mit diesem Haushalt wollen wir im Sportland Nordrhein-Westfalen zwischen Rhein, Ruhr und Wupper weitere Akzente setzen, und zwar sowohl im Breitensport als auch im Spitzensport.

Einen wesentlichen Akzent setzen wir dabei im Sportstättenbau. Wir werden bei uns in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr über 20 Millionen DM mehr als im letzten Jahr für den Sportstättenbau ausgeben. Die SPD-Fraktion hat den Ansatz der Landesregierung noch einmal um 2 Millionen DM für diesen Zweck aufgestockt. - Es ist also etwas anders, Herr Kollege Klimke, als Sie es in Ihren schwarzen Zahlen dargestellt haben. - Damit verbessern wir wesentlich die Möglichkeiten sowohl für den Schul- als auch für

(C)

den Breitensport.

Zum Thema Städtebauförderung! Es wäre mir selbstverständlich auch lieb, wenn wir aus dem Bereich Städtebauförderung mehr Geld für den Bereich, Schule, Freizeit und Sport bekommen könnten. Auch heute wird für den Freizeitsport schon eine ganze Menge getan. Aber Sie müssen sehen, daß vom Bund erhebliche Mittel gerade für den Städtebau gekürzt worden sind und unsere Gemeinden heute schon Schwierigkeiten mit den bisher zur Verfügung gestellten Mitteln hatten, die jetzt, wie gesagt, gekürzt werden. Ich will das gar nicht übermäßig kritisieren. Aber sich dann hinzustellen und zu sagen: Jetzt müssen wir einen weiteren Förderungstopf aufmachen!, ist sicherlich etwas einfach. Man sollte die Rahmenbedingungen, die uns Bonn vorgibt, berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir besondere Ereignisse nach Nordrhein-Westfalen holen. Dafür sind unter anderem die drei Millionen DM. Unter anderem finden im nächsten Jahr die Weltmeisterschaften der Fechter in der Grugahalle in Essen statt. Für die Fechter aller Nationen werden wir ein guter Gastgeber sein. Mit ganz besonderer Spannung erwarten wir die Nominierung des Austragungsortes der Olympischen Spiele 2000.

(D)

Wir laden alle Sportler ein, ihre Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Wir werden für unser Sportland Nordrhein-Westfalen werben. Dazu sind unter anderem die drei Millionen DM vorhanden.

Lassen Sie mich zum Thema Werbung kurz eine Nebenbemerkung machen! Das Land Nordrhein-Westfalen präsentiert sich seit einigen Jahren mit dem Sportkalender, der nicht nur ein einfacher Faltkalender, sondern bundesweit im Sport eine begehrte Arbeitshilfe ist. Die Kosten hierfür wurden sowohl von der F.D.P. als auch vom WDR als völlig überflüssig dargestellt. Beide haben bis heute leider nicht verstanden, welche hervorragende Werbung dieser Sportkalender für das Land Nordrhein-Westfalen ist. Schade ist auch, daß diese Nebensächlichkeit dem WDR einen Bericht wert war, die Aufnahme des Sports in die Verfassung jedenfalls nicht. Leider ist auch jetzt wieder niemand vom WDR da, so daß man es beim WDR höchstens im Protokoll nachlesen kann.

(A) (Herder [SPD])

Der Landessportplan hat in diesem Jahr eine Größe von knapp 200 Millionen DM und damit eine Steigerung von rund 10 % gegenüber den vorausgegangenen Jahren. Damit haben wir sicherlich innerhalb des Landeshaushalts, der bei der uns allen bekannten Finanzlage nur unwesentliche Steigerungen hergibt, einen wichtigen Akzent gesetzt.

Zu dem Thema, die drei Millionen DM für die Übungsleiter zu nehmen! Auch uns wäre es lieb, wenn wir für die Übungsleiter mehr tun könnten. Aber in einem Haushalt, der immerhin einen Schuldenstand von über 100 Milliarden DM hat, läßt sich natürlich nicht alles so realisieren, wie man es gern hätte. Und wir wollen eben auch Spitzenereignisse wie die Weltmeisterschaften der Fechter hier bei uns in Nordrhein-Westfalen haben.

Zu zwei Einzelpositionen des Sporthaushaltes möchte ich noch etwas sagen. Bei dem ersten handelt es sich um die Zuschüsse zur Umsetzung des Programms "Mehr Chancen für Frauen im Sport". Vorangegangen ist ein Hearing der SPD zum Thema "Frauen im Sport" und ein Antrag zu eben diesem Thema. Der Anteil der Mädchen und Frauen in Sportvereinen ist zwar von 1950 bis heute gestiegen, aber es gibt nach wie vor einen erheblichen Nachholbedarf. Der Frauenanteil in den Vereinen entspricht längst nicht ihrem Bevölkerungsanteil. Wir wollen nicht über dieses Thema reden, sondern entsprechende Pilotprojekte entwickeln. Dazu haben wir jetzt 100 000 DM in den Haushalt genommen.

(B)

Eine Sportart, in der wir in Nordrhein-Westfalen besonders führend sind, ist der Reitsport, wie Sie wissen, Herr Dr. Klimke. Die Dressur-Equipe, die in Barcelona die Goldmedaille und alle Einzelmedaillen errungen hat, kam vollständig aus unserem Bundesland. Wir wollen diesen hohen Qualitätsstandard weiter ausbauen. Wir wollen, daß die Jugendlichen - in diesem Falle meistens Mädchen - in stärkerem Maße gefördert werden. Dazu muß das Reitzentrum in Warendorf ausgebaut werden. Nur so können der Rheinische und der Westfälische Reitverband in stärkerem Maße Kurse durchführen, in denen die Jugendlichen zusammen mit unseren Spitzensportlern trainieren können.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

Für alle Gruppen von Menschen ist der Sport ein Feld der Begegnung. Im Sport steht das Verbindende und Gemeinsame im Vordergrund. Menschen allen Alters, verschiedener sozialer Herkunft, Hautfarbe und Nation überwinden gerade im Sport, was sie trennt. Allein die breite Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher im Sport - um ein aktuelles Beispiel herauszugreifen - zeigt, weshalb Investitionen in den Sport gute Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege Herder. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Ruppert das Wort.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den letzten Bemerkungen meines Kollegen Uwe Herder kann ich natürlich voll und ganz zustimmen. Investitionen in den Sport sind gute Investitionen in die Zukunft der Menschen unseres Landes.

Der Leitende Ministerialrat Eulering hat vor einigen Tagen in Berlin

(D)

(Zuruf von der SPD: Ministerialdirigent!)

- Ministerialdirigent, oh! Ehre, wem Ehre gebührt! - beim Kongreß des Deutschen Sportbundes zu dem Thema "Sportentwicklung zwischen Vision und Wirklichkeit" gesprochen. Er hat begonnen mit der Verankerung des Sports als Staatsziel in einigen Landesverfassungen, zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Man darf wohl sagen: Das ist ein Stück Vision, Sport in der Landesverfassung. Die F.D.P.-Fraktion hat dem ja zugestimmt. Aber nun zu der Wirklichkeit!

Mit der Wirklichkeit wurden wir im Sportausschuß des Landtags ja schon ebenso konfrontiert wie dann auf dem Bundestag des Deutschen Sports. Denn eine der ganz wesentlichen Resolutionen, die dort zum Sport gefaßt worden sind, enthielt die Aufforderung: Die dritte Sportstunde muß bleiben. Die dritte Sportstunde ist in der Tat gefährdet, gerade auch hier in Nordrhein-Westfalen. Die Delegierten des Bundesta-

(A) (Ruppert [F.D.P.]

ges des Deutschen Sports haben darauf hingewiesen, daß es bindende Vereinbarungen zwischen dem Sport und den Kultusministern der Ländern gibt: Schon von 1956 ein Aktionsprogramm für Leibeserziehung, Aktionsprogramme für den Schulsport von 1972 und 1985. Immer waren mindestens drei Schulsportstunden ein wesentlicher Teil dieser gemeinsamen Vereinbarungen.

Deswegen verstehen ich ganz und gar, daß der deutsche Sport, der Landessportbund und ebenfalls die Vertreter der Sportlehrerverbände mit Entschiedenheit davor warnen, daß diese dritte Sportstunde jetzt in Gefahr gerät. Sie sagen - ich zitiere hier aus der Resolution des Bundestages des Deutschen Sports -: Das darf auch nicht über den Umweg über sogenannte Flexibilisierung geschehen. Flexibilisierung - so heißt es in dieser Resolution - bedeutet, daß jede einzelne Schule selbst entscheiden kann, ob sie den Sportunterricht kürzt. In Wirklichkeit - so die Aussage des Sportbundes - wird dadurch die Pflichtstundenzahl im Sport gekürzt.

(Zustimmung bei der CDU)

(B) Eine unheilvolle Entwicklung nicht nur für den Schulsport, auch für den Vereinssport! Es bleibt, so die Resolution, die Aufgabe der Schule, gerade in einer bewegungsarmen Lebenswelt auf den außerschulischen Sport vorzubereiten.

Er sagt natürlich auch - und das sage ich dann einmal in Richtung meines Kollegen Kuckart -: Der Vereinssport kann die Aufgabe, die bisher die Schule, der Schulsport, übernommen hat, nicht ersetzen. Schule und Verein können sich nur gegenseitig ergänzen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Warum eigentlich?)

- Sie können sich deswegen nur gegenseitig ergänzen, weil die Sportvereine gar nicht in der Lage wären, das zu übernehmen, was die Schule bisher leistet, nämlich auch diejenigen, die von sich aus gar nicht in den Sport finden würden, an den Sport heranzuführen, ihnen wenigstens ein Minimum an körperlicher Bewegung zu vermitteln. Ich denke auch, in dieser Zeit ist das wichtiger denn je.

(C)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Herr Kollege Klimke hat ja seine Jungfernrede abgegeben; ich gratuliere auch dazu.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Er hat sie nicht abgegeben, er hat sie gehalten!)

- Er hat sie auch gehalten, ja. - Ich weiß nicht so recht, ob das eine Art Dressurübung war.

Aber was Kollege Herder zum Sportkalender gesagt hat, das, finde ich, war doch ein Eigentor - um auch hier einen sportlichen Begriff zu verwenden.

Ich finde es schon sehr bedenklich - vielleicht liegt es ja auch daran, daß ich auf dem Bundestag des deutschen Sports in Berlin war -, daß wir in unserem Landeshaushalt einen Titel "Vorbereitung der Bewerbung für die Olympischen Spiele im Ruhrgebiet" haben. Es war ja nicht unanständig, daß auch dieses Land, daß das Ruhrgebiet überlegt hat, ob nicht eine Bewerbung für Olympische Spiele sinnvoll und aussichtsreich sein könnte. Aber wir haben dann doch auch in Nordrhein-Westfalen gesagt: Jawohl, Berlin geht jetzt vor, das hat jetzt die besseren Chancen.

(D) Dann wäre es ein Akt der Solidarität, auch nach außen hin deutlich zu machen, daß man diese besseren Chancen von Berlin unterstützt und mindestens abwartet, wie die Entscheidung im nächsten Jahr bei den olympischen Gremien fällt, und nicht schon jetzt, 1992, noch ehe diese Entscheidung für oder gegen Berlin gefallen ist, einen Titel da hineinschreibt, aus dem eigentlich nur eines deutlich wird, nämlich: Wir warten sehnsüchtig darauf, daß doch die Bewerbung von Berlin scheitern möge, und dann sind wir, Nordrhein-Westfalen, am Start. Das macht keinen guten Eindruck.

Im übrigen macht es einen noch schlechteren Eindruck, wenn man unter diesem schönen Titel dann pure Eigenwerbung der Landesregierung versteckt. Wir sind ohnehin - das haben wir schon öfter gesagt - eher kritisch gegenüber der Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Ressorts der Landesregierung. Aber hier wird ein Produkt vorgelegt, das nichts anderes ist als ein recht üppig ausgefallener Terminkalender, der nichts anderes ist als eben doch im wesentlichen

(A) (Ruppert [F.D.P.]

Eigenwerbung der Landesregierung. Das ist aber noch nicht das schlimmste, sondern das ist der Stückpreis von ursprünglich 250 DM und jetzt in der abgespeckten Plastikversion - vorher war es schönes Leder - immerhin auch noch 200 DM. Ich meine, das sprengt jede Verhältnismäßigkeit. Das gehört sich einfach nicht zu einem Zeitpunkt, wo man alle anderen Etatpositionen im Sport nicht steigern kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zu den hehren Zielen dieser Landesregierung gehörte mit der Regierungserklärung die Aussage, die Möglichkeiten der sportlichen Betätigung im unmittelbaren Wohnumfeld seien besonders zu fördern, dem käme besondere Bedeutung zu. Nach der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten habe ich zu diesem Thema nie wieder etwas gehört. Es taucht auch keine entsprechende Position in diesem Haushalt auf. Auch hier finde ich, ein bißchen mehr Ehrlichkeit täte gut, und zur Ehrlichkeit gehört eben auch zu sagen, daß wir uns im Augenblick mehr nicht leisten können.

Ich begrüße aber das Anliegen, das vor einiger Zeit die SPD-Fraktion in einem Antrag zum Breitensport in diesem Land geäußert hat, nämlich künftig von der Landesregierung jährlich einen umfassenden Sportbericht zu fordern. Auch ich fordere diesen jährlichen Sportbericht; dann können wir über Fortschritte und Rückschritte im Sport auf dieser Grundlage hier im Plenum wie auch im Ausschuß noch besser miteinander reden.

(B)

Um auf unsere Eingangsbemerkung zurückzukommen - da sicherlich haben alle Sprecher der Fraktionen die gleiche Ansicht: Der Sport ist förderungswürdig. Und wenn wir ihn fördern - die Gemeinden, das Land -, dann tun wir etwas Gutes, auch für unsere Bürger. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber vor allem den Breitensport!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Herrn Kollegen Mai für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

(C)

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mit einem Zitat anfangen:

Der Leistungssport befindet sich unzweifelhaft in einer gesellschaftlichen Krise, die von Aggression, Gewalt, Manipulation und Kommerzialisierung geprägt ist. Die Vorbildfunktion des Leistungssports, die immense Wirkung sportlicher Idole auf junge Menschen ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr für unsere Jugend.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Was?)

Das Zitat stammt von unserem Kollegen Leonhard Kuckart von der CDU-Fraktion. Ich unterstütze dieses Statement. Ich will etwas hinzufügen, und zwar einige Ergebnisse, die wir von einer Ausschubreise mitbekommen haben. Es sind einige interessante Ergebnisse einer Studie "Sport und Freizeit in Stuttgart", die dort erstellt worden ist:

- über 70 % der Befragten dort in Stuttgart sind sportlich aktiv;
- über 90 % der sportlich Aktiven bezeichnen sich als regelmäßige oder unregelmäßige Freizeitsportler;
- nur sage und schreibe 8 % bezeichnen sich als Wettkampfsportler.

(D)

20 % der befragten Bürgerinnen und Bürger sind in Vereinen aktiv; rund 70 % sind nicht in Vereinen, sondern sind bei anderen Trägern oder ohne Einbindung in eine Organisation aktiv. Nur knapp die Hälfte der Befragten ist mit den Sportmöglichkeiten in der Stadt zufrieden. Das sollte uns zu denken geben.

Motive wie Gesundheit und Wohlbefinden, Spaß, Freude, Ausgleich, Entspannung, Fitneß und Kondition sind Hauptbeweggründe für sportliche Aktivität der Befragten und eben nicht Wettbewerb, Wettkampf oder Leistungsorientierung.

80 % plädieren für das Schaffen zusätzlicher Gelegenheiten, Sport zu treiben. Über 80 %, meine Damen und Herren! Und 70 % würden die Öffnung der

(A) (Mai [GRÜNE])

Vereine für Nichtmitglieder durch einzelne Kursangebote begrüßen, sind also mit dem engen Angebot der Vereine unzufrieden.

Die größte Bedeutung wird dem Gesundheitssport und dem Freizeitsport beigemessen.

44 % befürworten, daß das Geld, das für Sportgroßveranstaltungen verwendet wird, dem Freizeitsport zugute kommt. Das ist gerade das Thema, das wir hier diskutiert haben.

Über die Hälfte der Befragten hält eigene Sportangebote der Stadtverwaltung, also außerhalb der Sportvereine, für wünschenswert und erwartet dabei vor allem regelmäßige offene Sportaktivitäten, wie wir sie bei einer Ausschubreise zum Beispiel vorbildhaft von der Stadt München vorgeführt bekommen und dort erlebt haben.

Prof. Dr. Helmut Diegel hat die Studie der Universität Stuttgart noch weiter ausgewertet. Er kommt zu folgenden zusätzlichen interessanten Ergebnissen:

Fast die Hälfte der Stuttgarter Bevölkerung besucht aktive Sportangebote mit dem Pkw. Dies bedeutet, so Prof. Diegel, eine erhebliche Umweltbelastung.

(B)

78 % der Bevölkerung wünschen sich neue Sportgelegenheiten, was Prof. Diegel als Widerspruch zur bestehenden Sportarchitektur bewertet, und 45 % der Stuttgarter Bevölkerung sind gegen Sportgroßveranstaltungen.

80 % befürworten, daß Sportstätten für freie Sportgruppen zur Verfügung stehen. Prof. Diegel bewertet das zu Recht dahin, daß es in Zukunft zu einem Verteilungskonflikt in der Sportpolitik führen könnte.

Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir über diese Ergebnisse einmal etwas ausführlicher im Ausschuß diskutieren sollten. Wir haben nicht die Sportverbände, die Sportvereine und den Landessportbund, sondern den Sport in die Verfassung aufgenommen, und wir plädieren dafür, daß wir diese Sportangebote ausweiten, nicht so sehr an die Vereine binden, und daß wir dafür den Kommunen auch Mittel zur Verfügung stellen, daß wir eben diese freien Sportangebote, die ja die Mehrzahl unserer Bürgerinnen und

(C)

Bürger im Lande wahrnimmt und für wichtig hält, auch weiter ausbauen, auch evtl. zu Lasten der Vereine und Verbände in unserem Lande. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kultusminister Schwier.

Kultusminister Schwier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer glaubt, aus dem sogenannten Sporthaushalt im Einzelplan 05 ablesen zu können, ob Nordrhein-Westfalen ein Sportland ist, der handelt ungefähr so wie jemand, der eine Spitze eines Eisbergs sieht und daraus Schlüsse zieht, ob die Antarktis noch vereist ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das paßt nicht ganz.)

- Sie können ja ein besseres Bild wählen, Herr Kollege.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ein schöner Vergleich!)

(D)

Natürlich ist der Breitensport ein zu 99 % auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruhender Bereich unserer Gesellschaft. Dafür einmal, nicht nur hier, sondern ein ganzes Jahr lang, Dank zu sagen und dazu aufzufordern, daß das mehr tun, das, so glaube ich, lohnt sich schon. Ich bin daher sehr froh, daß dies einhellige Meinung der Sportpolitiker dieses Landtags ist.

Zu zwei Punkten möchte ich kurz Stellung nehmen.

Über den Schulsport wird häufig schlecht geredet, andererseits dann aber gefordert, daß er sehr wichtig genommen werde. Da scheint mir ein Mißverhältnis zu bestehen; denn die dort Tätigen brauchen auch die Anerkennung ihrer Arbeit. Natürlich ist nicht jede Schulsportstunde eine Spitzenleistung der Sportpädagogik. Aber ähnliches kommt anderswo auch vor.

Einem Irrtum möchte ich hier entgegentreten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(A) (Minister Schwier)

Erstens! Man kann nicht immer wieder fordern, daß die einzelne Schule Entscheidungsfreiheit haben soll, dann aber erklären: Nur an der, an der und jener Stelle nicht. Die Addition aller Nichtfreiräume ist dann die Freiheit in der Entscheidung der Schule, also keine.

Zweitens! Maximal darf in der Sekundarstufe I - und nur darum geht es - in zwei von sechs Jahrgängen die Stundenzahl von drei auf zwei gekürzt, dagegen aber in vier Jahrgängen erweitert, auf vier Stunden erhöht werden. Das heißt: Eine Reduzierung schlicht auf zwei Stunden ist gar nicht möglich; jedenfalls lassen die Vorgaben dieses nicht zu.

Vielleicht nehmen Sie auch zur Kenntnis, daß wegen der Zusammenarbeit von Schule und Sportverein die Schülersportgemeinschaften als Verbindungsglied in ihrer Bezuschussung durch das Land eine Erhöhung um 1 Million DM erfahren. Es ist also nicht so, als geschehe dort nichts.

Eine weitere Bemerkung: Olympia im Ruhrgebiet! Das war der Titel, mit 5 Millionen DM ausgewiesen, als noch nicht feststand, daß für die Bundesrepublik für das Jahr 2000 Berlin Bewerber sein würde. Das Ergebnis werden wir sehen. Wir haben aber damals sofort erklärt, daß diese Mittel nicht für Reklame verwendet werden, sondern daß sie - -

(B)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, ich darf Sie einmal unterbrechen.

Meine Damen und Herren, am besten dreht der Herr Minister sich um und spricht zu uns hier oben. Wir hören nämlich zur Zeit als einzige zu.

(Minister Schwier: Aber das ist doch schon gut, Herr Präsident. - Zurufe)

- Bitte schön!

Kultusminister Schwier: Hier geht es auch darum, unser Land als Austragungsort für sportliche Spitzenereignisse bekanntzumachen; denn die Leute, die dort

(C)

hinkommen, brauchen wir ja, um immer wieder solche Ereignisse ins Land zu bekommen. Unsere Fachverbände sind sehr auf die Zusage des Landes angewiesen; denn nicht alle haben große Fernsehnahmen und ähnliches. Die Fechter beispielsweise könnten ihre Weltmeisterschaft nicht in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet durchführen, wenn wir ihnen nicht eine Zusage aus dieser Summe machen könnten. Kurz und gut: Ich denke, auch dieser Spezialhaushalt für den Sport ist akzeptabel. Er wird uns dem Verfassungsziel - wir haben den Sport ja in diesem Jahr in die Verfassung aufgenommen - wieder ein Stück näherbringen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über die Änderungsanträge. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4774 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Antrag ist abgelehnt.

(D)

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4775, Anlage 1 - Kapitel 05 300 "Gemeinsamer Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung": Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 2 - Kapitel 05 610 Titel 684 16 "Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen": Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 3 - Kapitel 05 710 Titel 653 20 "Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft von Gemeinden": Wer hierzu zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4801 - Kapitel 05 300 Titel 422 10 "Verbesserung der Unterrichtsversorgung": Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wer der **Beschlußempfehlung** Drucksache 11/4705 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der **Beschlußempfehlung** ist so **entsprochen** worden.

Über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/4799 wird nicht heute, sondern nach der dritten Lesung abgestimmt.

Ich rufe auf Nummer 4:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung** Drucksache 11/4706 und die **Änderungsanträge** der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4776 und der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4777.

(B)

Ich **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Kuhmichel für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere hochverehrte Landtagspräsidentin hat uns allen zu Weihnachten 1992 einen Brief ins Fach legen lassen, aus dem ich einmal zitieren möchte. Vorab: Ich bedanke mich für den Brief ausdrücklich. Sie schreibt:

Weihnachten steht vor der Tür - für uns Parlamentarier zugleich ein Bergfest. Die Hälfte der 11. Wahlperiode liegt hinter uns. Einiges von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist erledigt, vieles müssen wir noch in Angriff nehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vor dem Hintergrund dieses Zitats habe ich, sehr

(C)

geehrte Frau Ministerin, Ihre Rede vom 6. September 1990, zu Beginn der Wahlperiode, und auch verschiedene Beiträge quer durch alle Fraktionen bei den Haushaltsberatungen der letzten Jahre im Ausschuß und auch hier im Plenum nachgelesen und bin zu dem Schluß gekommen: Ihr Ministerium und unser Wissenschaftsausschuß haben leider keinen Grund, ein solches Bergfest zu feiern und sich über erklommene Höhen - um im Bild zu bleiben - zu freuen. Nichts gegen eine Feier - ich feiere ausgesprochen gern; diese Feier findet jedoch nicht auf Bergeshöhen, sondern leider - und auch da kann man feiern - im tiefen Tal zahlreicher ungelöster Probleme und falscher politischer Weichenstellungen in der Wissenschaftspolitik unseres Landes statt. Es gibt - ich muß es leider sagen - noch nicht einmal einen freien Blick auf den Gipfel.

Dies ist, wie man vielleicht sagen kann, nicht das überzogene Krisengemälde eines berufsmäßigen Oppositionellen, sondern die in ein anschauliches Bild gebrachte Situationsbeschreibung aller am Hochschulleben in Nordrhein-Westfalen beteiligten Gruppen und Zuständigkeiten. Die jüngsten Pressemitteilungen des Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Professor Uwe Erichsen, zum Beispiel in der "Welt", belegen dies recht anschaulich.

(D)

Da der mir nachfolgende SPD-Kollege - es wird Herr Apostel sein - so sicher wie das "Amen in der Kirche" gleich wieder den "Schwarzen Peter" in Richtung Bonn schieben wird, darf ich jetzt schon darauf hinweisen, daß sich dieser rituelle Verweis auf den Sündenbock in Bonn selbst richtet.

(Beifall bei der CDU)

Der Bund hat in der Vergangenheit weit über seine verfassungsmäßigen Zuständigkeiten hinaus durch Hochschulsonderprogramme und Bereitstellungen von Bundesmitteln für den Studentenwohnheimbau bereits erheblich zur Entlastung der Hochschulen und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses beigetragen. Selbstverständlich - ich räume dies ausdrücklich ein - ist es mißlich, daß der Bund den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die Mittel für den Hochschulbau auf 2 Milliarden DM zu erhöhen, nicht gefolgt ist. Ganz daneben liegen jedoch Landesregierung und SPD, wenn sie diese Entwicklung zum